



WIRTSCHAFTSPRÜFERKAMMER

| Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Entwurf einer Neufassung (9. Änderung) der Berufssatzung WP/vBP

**vorgelegt zur Beratung und Beschlussfassung in der
Sitzung des Beirats am 15. und 16. Mai 2014**

(Stand: 23.04.2014)

Der Korrekturmodus bildet die Änderungen ab, die in der vom Beirat in der Sitzung am 22. November 2013 verabschiedeten Version vorgenommen wurden. Die rechte Spalte enthält Hinweise auf die Motivation der Änderungen. Soweit auf Änderungen in der bereits am 22. November 2013 freigegebenen Anhörungsfassung verwiesen wird, wird die Anlage 1 auf dem zur Beiratssitzung am 15./16. Mai 2014 vorgelegten Anlagenkonvolut zitiert. Mehrfach wird daraus auch die Anlage 4 zitiert (aktualisierte Erläuterungstexte zum vorgelegten Entwurf einer Neufassung der Berufssatzung WP/vBP).

**Satzung der Wirtschaftsprüferkammer über die Rechte und Pflichten bei der
Ausübung der Berufe des Wirtschaftsprüfers und des vereidigten Buchprüfers
(Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer - BS WP/vBP)**

Vom 11. Juni 1996 (BAnz. S. 7509),
in Kraft getreten am 15. September 1996 (BAnz. S. 11077),
neugefasst am
XXX 2014 (BAnz AT XXX),
in Kraft getreten am ~~XXX-2014~~ 1. Januar 2015 (BAnz AT XXX).

Inhaltsverzeichnis	
Teil 1: Allgemeine Berufspflichten	
Erster Abschnitt: Grundlegende Berufspflichten	
§ 1 Grundsatz	
§ 2 Unabhängigkeit	
§ 3 Gewissenhaftigkeit	
<u>§ 484</u> Fachliche Fortbildung	Die Vorschrift kam nach Umgliederung des Dritten Abschnittes (vgl. die Hinweise dort) wieder ungefähr an die alte Stelle (derzeit § 4a). Keine inhaltliche Änderung.
§ 45 Verschwiegenheit, Verbot der Verwertung von Berufsgeheimnissen	
§ 56 Eigenverantwortlichkeit, Aufgabendelegation	
§ 67 Berufswürdiges Verhalten	
Zweiter Abschnitt: Weitere Berufspflichten	
§ 78 Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen	
§ 89 Umgang mit fremden Vermögenswerten	
§ 910 Information über die beruflichen Verhältnisse; Fachgebiets- und weitere Tätigkeitsbezeichnungen	
§ 101 Kriterien zur Beschreibung der Vergütungsgrundlagen im Transparenzbericht	
§ 142 Pflichten gegenüber anderen WP/vBP	
<u>§ 13</u> Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe; <u>Ablehnung der Beratungshilfe</u>	Die Vorschrift muss aufgenommen werden, weil es seit Jahresbeginn in den genannten Bereichen neue Aufgaben und Pflichten des WP/vBP gibt (vgl. auch die Erläuterungen zur Vorschrift).
§ 124 Berufliche Niederlassungen und Zweigniederlassungen	

§ 135 Sozietät	
§ 146 Berufsgesellschaften	
§ 157 Verwendung der Firmierung oder des Namens von Berufsgesellschaften durch andere Unternehmen	
Dritter Abschnitt: Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit	Die Regeln zu den Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit werden nicht mehr getrennt im „allgemeinen“ Teil und im „besonderen“ Teil ausgewiesen, sondern in einem gesonderten Teil 3 „Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit (§ 55b WPO)“. Dies dient für diesen speziellen Pflichtbereich der Übersichtlichkeit.
§ 16 Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems	Jetzt § 50
§ 17 Nachschau der Praxis	Jetzt § 52
§ 18 Fachliche Fortbildung	Jetzt § 4
VierterDritter Abschnitt: Gehilfen und Mitarbeiter und andere Gehilfen	
§ 198 Qualifikation, Information und Verpflichtung der Gehilfen und Mitarbeiter und anderer Gehilfen	
§ 2019 Ausbildung, Fortbildung und Beurteilung der fachlichen Mitarbeiter	
§ 240 Mitwirkung bei der Ausbildung	
FünfterVierter Abschnitt: Haftungsbegrenzung/Berufshaftpflichtversicherung	
§ 221 Haftungsbegrenzung	
§ 232 Berufshaftpflichtversicherung, Versicherungspflicht	
§ 243 Mindestversicherungssumme	
§ 254 Inhalt des Versicherungsvertrages	
§ 265 Ausschlüsse	
§ 276 Nachweis des Versicherungsabschlusses vor der Bestellung	
§ 287 Anzeige von Veränderungen	
SechsterFünfter Abschnitt: Siegel	
§ 298 Siegelführung	
§ 3029 Gestaltung des Siegels	

Teil 2: Besondere Berufspflichten bei der Durchführung von Prüfungen und der Erstattung von Gutachten	
Erster Abschnitt: Unparteilichkeit/Besorgnis der Befangenheit	
§ 340 Unparteilichkeit	
§ 321 Unbefangenheit und Besorgnis der Befangenheit	
§ 332 Schutzmaßnahmen	
§ 343 Bedeutung absoluter Ausschlussgründe im Sinne der §§ 319 Absatz 3, 319a und 319b Absatz 1 HGB	
§ 354 Eigeninteressen	
§ 365 Selbstprüfung	
§ 376 Interessenvertretung	
§ 387 Persönliche Vertrautheit	
Zweiter Abschnitt: Prüfungsdurchführung	
§ 398 Auftragsannahme, Prüfungsplanung, Mindestzeitaufwand bei gesetzlichen Abschlussprüfungen	
§ 4039 Auftragsabwicklung <u>durchführung</u>	
§ 440 Auftragsbezogene Qualitätssicherung	
§ 421 Auftragsbegleitende Qualitätssicherung bei Abschlussprüfungen von Unternehmen von öffentlichem ——— <u>Interesse nach § 319a HGB</u>	
§ 432 Beschwerden und Vorwürfe von Gehilfen, Mitarbeitern <u>und anderen Gehilfen</u> , Mandanten oder Dritten	

§ 44 3 Kennzeichnung übernommener Aufgaben in Prüfungsberichten	
§ 45 4 Unterzeichnung von Prüfungsvermerken und Prüfungsberichten	
§ 46 5 Zeitnahe Auftragsdokumentation	
§ 47 6 Pflichten bei Wechsel des Abschlussprüfers	
§ 48 7 Vergütung	
Dritter Abschnitt. Erstellung von Gutachten	
§ 49 8 Kennzeichnung übernommener Aufgaben; Unterzeichnung; Vergütung Gutachten zur Rechnungslegung	Die Reihenfolge dieser Vorschrift und der nachfolgenden Vorschrift wurde getauscht. Es sollte zunächst die allgemeine Regelung im Abschnitt Gutachten stehen, zumal diese noch um den Text des § 30 Abs. 2 erweitert wurde (siehe dort).
§ 50 49 Gutachten zur Rechnungslegung Kennzeichnung übernommener Aufgaben; Unterzeichnung; Vergütung	
Vierter Abschnitt: Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Prüfungen und Gutachten	Dieser Abschnitt in Teil 2 wurde mit dem Dritten Abschnitt in Teil 1 (vgl. dort) in einen neuen Teil 3 f. zusammengefasst.
§ 51 — Qualitätssicherungssystem für Aufgaben nach § 2 Absatz 1 WPO, bei denen das Siegel verwendet wird	
§ 52 — Nachschau bei Prüfungen	
<u>Teil 3: Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit (§ 55b WPO)</u>	Zusammenfassung des dritten Abschnitts in Teil 1 mit dem vierten Abschnitt des Teil 2.
§ 50 — Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems	
§ 51 — Qualitätssicherungssystem für Aufgaben nach § 2 Absatz 1 WPO, bei denen das Siegel verwendet wird	
§ 52 — Sicherung der gewissenhaften Berufsausübung, Nachschau	
Teil 34: Schlussbestimmungen	
§ 53 Anwendungsbereich	
§ 54 Veröffentlichung	
§ 55 Inkrafttreten und Übergangsregelung	

Teil 1: Allgemeine Berufspflichten	
Erster Abschnitt: Grundlegende Berufspflichten	
§ 1 Grundsatz	Derzeit ebenfalls § 1, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ WP/vBP haben ihren Beruf unabhängig, gewissenhaft, verschwiegen und eigenverantwortlich auszuüben (§ 43 Absatz 1 Satz 1 WPO). ² Sie haben ihre Pflichten verantwortungsbewusst und sorgfältig zu erfüllen (§ 17 Absatz 1 WPO). ³ Innerhalb und außerhalb der Berufstätigkeit haben sie sich des Vertrauens und der Achtung würdig zu erweisen, die der Beruf erfordert (§ 43 Absatz 2 Satz 3 WPO).	
(2) ¹ WP/vBP haben sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die mit ihrem Beruf oder mit dem Ansehen des Berufes unvereinbar ist. ² Sie haben sich der besonderen Berufspflichten bewusst zu sein, die ihnen aus der Befugnis erwachsen, gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsvermerke zu erteilen (§ 43 Absatz 2 Satz 1 und 2 WPO) und ein Siegel zu führen (§ 28).	
§ 2 Unabhängigkeit	Derzeit ebenfalls § 2, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ WP/vBP dürfen keine Bindungen eingehen, die ihre berufliche Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen oder beeinträchtigen könnten. ² Sie haben ihre persönliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber jedermann zu bewahren.	

(2) Es ist insbesondere berufswidrig,	
1. für Tätigkeiten nach § 2 Absatz 1 und 3 Nr. 1 und 3 WPO Vereinbarungen zu schließen, durch welche die Höhe der Vergütung vom Ergebnis der Tätigkeit als WP/vBP abhängig gemacht wird (§ 55 Absatz 1 Satz 1 WPO),	
2. für Tätigkeiten nach § 2 Absatz 2 WPO Vereinbarungen zu schließen, durch welche die Höhe der Vergütung vom Ausgang der Sache oder vom Erfolg der Tätigkeit des WP/vBP abhängig gemacht wird oder nach denen der WP/vBP einen Teil der zu erzielenden Steuerermäßigung, Steuerersparnis oder Steuervergütung als Honorar erhält; dies gilt nicht bei Vereinbarungen im Einzelfall, wenn der Auftraggeber aufgrund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse bei verständiger Betrachtung ohne die Vereinbarung eines Erfolgshonorars von der Rechtsverfolgung abgehalten würde (§ 55a Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 WPO),	
3. die Vergütung für gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfungen über Nr. 1 hinaus an weitere Bedingungen zu knüpfen; diese darf auch nicht von der Erbringung zusätzlicher Leistungen für das geprüfte Unternehmen beeinflusst oder bestimmt sein (§ 55 Absatz 1 Satz 3 WPO),	
4. einen Teil der Vergütung oder sonstige Vorteile für die Vermittlung von Aufträgen, gleichviel ob im Verhältnis zu einem WP/vBP oder Dritten, abzugeben oder entgegenzunehmen (§ 55 Absatz 2 WPO),	
5. Mandantenrisiken zu übernehmen oder	
6. Versorgungszusagen von Auftraggebern anzunehmen.	
§ 3 Gewissenhaftigkeit	Derzeit § 4, inhaltlich unverändert.
(1) WP/vBP sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an das Gesetz gebunden, haben sich über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten und diese und fachliche Regeln zu	

beachten.	
(2) WP/vBP dürfen Leistungen nur anbieten und Aufträge nur übernehmen, wenn sie über die dafür erforderliche Sachkunde und die zur Bearbeitung nötige Zeit verfügen.	
(3) WP/vBP haben durch eine sachgerechte Gesamtplanung aller Aufträge die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die übernommenen und erwarteten Aufträge unter Beachtung der Berufsgrundsätze ordnungsgemäß durchgeführt und zeitgerecht abgeschlossen werden können.	
(4) Treten nach Auftragsannahme Umstände ein, die zur Ablehnung des Auftrages hätten führen müssen, ist das Auftragsverhältnis zu beenden.	
§ 184 Fachliche Fortbildung	Derzeit § 4a, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ WP/vBP sind verpflichtet, sich fachlich fortzubilden (§ 43 Absatz 2 Satz 4 WPO). ² Die Fortbildung soll die Fachkenntnisse, die Fähigkeit zu ihrer Anwendung sowie das Verständnis der Berufspflichten auf einem ausreichend hohen Stand halten. ³ WP/vBP erfüllen ihre Fortbildungsverpflichtung durch Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen als Hörer oder als Dozent sowie durch Selbststudium.	
(2) ¹ Zu den Fortbildungsmaßnahmen gehören Fachveranstaltungen (Vorträge, Seminare, Diskussionsgruppen oder ähnliche Veranstaltungen). ² Unerheblich ist, ob sie durch Dritte oder durch die Praxis selbst organisiert und ob sie der Öffentlichkeit oder nur Mitarbeitern der Praxis zugänglich sind. ³ Zu den Fortbildungsmaßnahmen gehört auch die Absolvierung von IT-gestützten Fachkursen (E-Learning, Web-based Training), wenn die Dauer der Teilnahme nachgewiesen werden kann.	

<p>⁴Der Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen gleichgestellt sind die schriftstellerische Facharbeit, die Tätigkeit in externen oder praxisinternen Fachgremien sowie die Tätigkeit als Dozent an Hochschulen.</p>	
<p>(3) Zum Selbststudium gehört insbesondere das Lesen von Fachschrifttum.</p>	
<p>(4) ¹Die Fortbildung muss sich auf die in §§ 2, 129 WPO genannten Tätigkeiten beziehen und geeignet sein, die in Absatz 1 Satz 2 genannten Kenntnisse und Fähigkeiten zu verbessern. ²Sie soll ihren Schwerpunkt in der ausgeübten oder beabsichtigten Berufstätigkeit des WP/vBP haben. ³Bei WP/vBP, die Abschlussprüfungen vornehmen, muss die Fortbildung in angemessenem Umfang die Prüfungstätigkeit (§§ 2 Absatz 1, 129 Absatz 1 WPO) betreffen.</p>	
<p>(5) ¹Die Fortbildung soll einen Umfang von 40 Stunden jährlich nicht unterschreiten. ²Hiervon müssen 20 Stunden auf die in Absatz 2 genannten Fortbildungsmaßnahmen entfallen; diese sind unter Bezeichnung von Art und Gegenstand für Nachweiszwecke zu dokumentieren. ³Die Mindeststundenzahl nach Satz 2 kann auch durch Fortbildungsmaßnahmen nach § 57a Absatz 3 Satz 2 Nr. 4 WPO erbracht werden.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 45 Verschwiegenheit, Verbot der Verwertung von Berufsgeheimnissen</p>	<p>Derzeit §§ 9, 10; nur Zusammenfassung der Vorschriften, inhaltlich unverändert.</p>
<p>(1) WP/vBP dürfen Tatsachen und Umstände, die ihnen bei ihrer Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, nicht unbefugt offenbaren.</p>	
<p>(2) ¹WP/vBP haben dafür Sorge zu tragen, dass Tatsachen und Umstände im Sinne von Absatz 1 Unbefugten nicht bekannt werden. ²Sie haben</p>	

entsprechende Vorkehrungen zu treffen.	
(3) ¹ Erhalten WP/vBP bei ihrer Berufsausübung Kenntnis von Tatsachen und Umständen, insbesondere geschäftlichen Entschlüssen oder Transaktionen, die ihre Auftraggeber oder Dritte betreffen, so dürfen sie diese Kenntnis weder für sich noch für Dritte unbefugt verwerten. ² Kann für einen verständigen Dritten der Eindruck entstehen, dass eine Verwertung zu besorgen ist, dürfen die diese Besorgnis begründenden Umstände nur dann herbeigeführt oder aufrecht erhalten werden, wenn die vom Verwertungsverbot geschützte Person zustimmt.	
(4) Die Pflichten nach Absatz 1 bis 3 bestehen nach Beendigung eines Auftragsverhältnisses fort.	
§ 56 Eigenverantwortlichkeit, Aufgabendelegation	Erweiterung des derzeitigen § 11 zur Eigenverantwortlichkeit.
(1) WP/vBP haben unabhängig von der Art der beruflichen Tätigkeit (§ 38 Nr. 1 d WPO) ihr Handeln in eigener Verantwortung zu bestimmen, ihr Urteil selbst zu bilden und ihre Entscheidungen selbst zu treffen.	Wie derzeit § 11 Abs. 1.
(2) ¹ Es ist nicht erlaubt, berufliche Tätigkeiten zu übernehmen, wenn die geforderte berufliche Verantwortung nicht getragen werden kann oder nicht getragen werden soll. ² Ein Arbeitsergebnis darf nur unterzeichnet werden, wenn sich dessen Inhalt mit der Überzeugung des Unterzeichners deckt und sich dieser einen den Gesamtumständen situationsspezifisch angemessenen Grad an Sicherheit verschafft hat.	Satz 1 wie derzeit § 11 Abs. 2. Satz 2 ist eine Selbstverständlichkeit, vor dem Hintergrund der Diskussionen über die gleiche Verantwortung von zwei Unterzeichnern eines Bestätigungsvermerkes aber eine sinnvolle Klarstellung. Bereits in der Anhörungsfassung enthalten (Anlage 1).
(3) ¹ WP/vBP dürfen Aufgaben auf Gehilfen und Mitarbeiter <u>und andere Gehilfen</u> übertragen, soweit diese fachlich und persönlich geeignet sind	Die Anforderungen an eine Delegation sind eine Konkretisierung des Grundsatzes der Eigenverantwortlichkeit und

<p>und ihre Tätigkeit überwacht wird. ²WP/vBP müssen in der Lage sein, die Tätigkeit von Gehilfen und Mitarbeitern <u>und anderen Gehilfen</u> derart zu überblicken und zu beurteilen, dass sie sich eine auf Kenntnissen beruhende, eigene Überzeugung bilden können. ³Setzen WP/vBP als Gehilfen Sachverständige <u>als Mitarbeiter oder andere Gehilfen</u> ein, müssen sie abweichend von Satz 2 bei der Verwertung von deren Arbeit <u>zumindest</u> zu dem Schluss kommen, dass diese für ihre Zwecke angemessen ist. ⁴<u>Die Aufgabenübertragung-Delegation von Verantwortlichkeiten</u> und der Einsatz von Sachverständigen sind zu dokumentieren.</p>	<p>zur Absicherung der berufsüblichen Praxis geboten (s. a. schon Anlage 1). Die Definition der Gehilfen, Mitarbeiter und Sachverständigen wurde hier und an anderen Stellen aufgrund vielfacher Hinweise im Rahmen der Anhörung konkretisiert (vgl. insbesondere auch zu § 18, §§ 38, 39).</p>
<p style="text-align: center;">§ 67 Berufswürdiges Verhalten</p>	<p>Derzeit § 18, inhaltlich unverändert.</p>
<p>(1) WP/vBP haben sich sachlich zu äußern.</p>	
<p>(2) WP/vBP sind verpflichtet, ihre Auftraggeber auf Gesetzesverstöße, die sie bei Wahrnehmung ihrer Aufgaben festgestellt haben, aufmerksam zu machen.</p>	
<p>(3) WP/vBP dürfen die Verwendung ihres Namens und/oder ihrer Qualifikation zu werblichen Zwecken Dritter nur zulassen, wenn die Werbung nach Produkt oder Dienstleistung und Durchführung mit dem Ansehen des Berufes vereinbar ist.</p>	
<p>(4) ¹WP/vBP dürfen Zuwendungen von einem Auftraggeber oder von für ihn handelnden Dritten nur annehmen, wenn die Zuwendungen offensichtlich unbedeutend sind und aus Sicht eines vernünftigen und über alle relevanten Informationen verfügenden Dritten keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung oder das Ergebnis der Tätigkeit haben. ²Dies gilt auch für Zuwendungen des Mandanten an Personen im Sinne des § 32 Absatz 4 Satz 1 Nr. 4. ³²Für Zuwendungen des</p>	<p>Die vorgesehene Erweiterung um einen neuen Satz 2 wurde im Rahmen der Anhörung wieder rückgängig gemacht. Dies ändert nichts daran, dass die Regelung zutreffend wäre. Sie ergibt sich aber schon aus den allgemeinen Grundsätzen einer Besorgnis der Befangenheit.</p>

WP/vBP an den Auftraggeber, seine Mitarbeiter oder Dritte im Zusammenhang mit einem Auftrag gilt Satz 1 entsprechend; für Provisionen gilt § 55 Absatz 2 WPO. ⁴³ WP/vBP haben sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiter diese Grundsätze ebenfalls beachten, und die Einhaltung angemessen zu überwachen.	
Zweiter Abschnitt: Weitere Berufspflichten	
§ 78 Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen	Derzeit § 3, inhaltlich unverändert.
¹ WP/vBP dürfen nicht tätig werden, wenn sie einen anderen Auftraggeber in derselben Sache im widerstreitenden Interesse beraten oder vertreten bzw. beraten oder vertreten haben. ² WP/vBP dürfen im Übrigen mehrere Auftraggeber in derselben Sache nur beraten oder vertreten, wenn ihnen ein gemeinsamer Auftrag erteilt ist oder alle Auftraggeber einverstanden sind. ³ Eine vermittelnde Tätigkeit im Auftrag aller Beteiligten ist zulässig.	
§ 89 Umgang mit fremden Vermögenswerten	Derzeit § 8, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ WP/vBP haben anvertraute fremde Vermögenswerte von dem eigenen und anderen fremden Vermögen getrennt zu halten und gewissenhaft zu verwalten. ² Über fremde Vermögenswerte sind gesonderte Rechnungsunterlagen zu führen. ³ Geld und Wertpapiere sind bei Verwaltung entweder auf den Namen des Treugebers oder auf Anderkonten anzulegen. ⁴ Durchlaufende fremde Gelder sind unverzüglich an den Empfangsberechtigten weiterzuleiten.	

<p>(2) ¹WP/vBP dürfen fremde Vermögenswerte, die ihnen zweckgebunden anvertraut worden sind, zur Deckung eigener Kostenforderungen (Honorare, Vorschüsse und Auslagenersatz) nur verwenden, wenn sie hierzu ausdrücklich ermächtigt worden sind. ²Soweit Aufrechnung und Zurückbehaltung zulässig sind, bleiben diese Rechte unberührt.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 910 Information über die beruflichen Verhältnisse; Fachgebiets- und weitere Tätigkeitsbezeichnungen</p>	<p>Derzeit § 13a, inhaltlich unverändert.</p>
<p>(1) ¹Geschäftsbriefbogen, Praxisschilder oder sonstige auf Dauer angelegte Informationen über die beruflichen Verhältnisse müssen die Angaben nach § 18 Absatz 1, § 128 Absatz 2 WPO bzw. die Firma oder den Namen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft enthalten. ²Sozietätsfähige Personen dürfen unter Kennzeichnung ihres Status auf dem Briefbogen genannt werden; die Nennung anderer Personen ist unzulässig. ³Praxisschilder dürfen nur dort angebracht werden, wo sich die berufliche Niederlassung oder Zweigniederlassung befindet.</p>	
<p>(2) ¹WP/vBP dürfen nur Fachgebietsbezeichnungen führen, die gesetzlich zugelassen sind. ²Hinweise auf eine öffentliche Bestellung als Sachverständiger sind zulässig. ³Werden WP/vBP als Insolvenzverwalter oder in vergleichbarer Funktion tätig, so dürfen sie im Rahmen solcher Tätigkeiten neben dem Namen und der Berufsbezeichnung eine entsprechende Kennzeichnung führen.</p>	

<p style="text-align: center;">§ 101</p> <p style="text-align: center;">Kriterien zur Beschreibung der Vergütungsgrundlagen im Transparenzbericht</p>	<p>Derzeit § 13b, inhaltlich unverändert.</p>
<p>¹Die in den Transparenzbericht aufzunehmenden Informationen über die Vergütungsgrundlagen der Organmitglieder und leitenden Angestellten (§ 55c Absatz 1 Satz 2 Nr. 7 WPO) sollen erkennen lassen, ob und wie die berufliche Tätigkeit durch finanzielle Anreize beeinflusst wird. ²Sie müssen Angaben darüber enthalten,</p>	
<ul style="list-style-type: none">- ob sich die Vergütung in feste und variable Bestandteile einschließlich erfolgsabhängiger Komponenten aufgliedert,	
<ul style="list-style-type: none">- welcher Anteil der Vergütung auf den variablen Teil entfällt,	
<ul style="list-style-type: none">- welcher Art die variable Vergütung und die Bemessungsgrundlage hierfür ist.	
<p style="text-align: center;">§ 112</p> <p style="text-align: center;">Pflichten gegenüber anderen WP/vBP</p>	<p>Derzeit § 14, geändert nur zu Abs. 2 und 3.</p>
<p>(1) Bei der Übertragung einer Praxis oder Teilpraxis gegen Entgelt darf die Notlage eines Berufskollegen, seiner Erben oder Vermächtnisnehmer nicht ausgenutzt werden.</p>	
<p>(2) WP/vBP dürfen Mitarbeiter eines anderen WP/vBP nicht in unlauterer Weise abwerben oder abwerben lassen.</p>	<p>Bereits in der Anhörungsfassung (Anlage 1) war das zusätzliche Tatbestandsmerkmal „in unlauterer Weise“ enthalten. Es trägt der Rechtsentwicklung Rechnung und wurde im Rahmen der Anhörung nicht hinterfragt.</p>
<p>(3) WP/vBP dürfen weder bei Gründung einer eigenen Praxis noch bei Wechsel des Arbeitgebers Auftraggeber ihres bisherigen Arbeitgebers in unlauterer Weise veranlassen, ihnen Aufträge zu</p>	<p>Bereits in der Anhörungsfassung (Anlage 1) war das zusätzliche Tatbestandsmerkmal „in unlauterer Weise“ enthalten. Es trägt der Rechtsentwicklung Rechnung und wurde im Rahmen</p>

übertragen.	der Anhörung nicht hinterfragt.
-------------	---------------------------------

<p style="text-align: center;">§ 13</p> <p style="text-align: center;"><u>Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe;</u> <u>Ablehnung der Beratungshilfe</u></p>	<p>Es handelt sich um neue Aufgaben und neue Pflichten des WP/vBP; auf die Erläuterungstexte (Anlage 4) wird verwiesen.</p>
<p><u>(1) WP/vBP sind verpflichtet, bei begründetem Anlass auf die Möglichkeiten von Beratungs- und Prozesskostenhilfe hinzuweisen.</u></p>	
<p><u>(2) WP/vBP dürfen nach Bewilligung von Prozesskostenhilfe oder bei Inanspruchnahme von Beratungshilfe von ihren Mandanten oder Dritten Zahlungen oder Leistungen nur annehmen, die freiwillig und in Kenntnis der Tatsache gegeben werden, dass der Mandant oder Dritte zu einer solchen Leistung nicht verpflichtet ist.</u></p>	
<p><u>(3) WP/vBP sind nicht verpflichtet, einen Beratungshilfeantrag zu stellen.</u></p>	
<p><u>(4) ¹WP/vBP können die Beratungshilfe im Einzelfall aus wichtigem Grund ablehnen oder beenden. ²Ein wichtiger Grund kann in der Person des WP/vBP selbst oder in der Person oder dem Verhalten des Mandanten liegen. ³Ein wichtiger Grund kann auch darin liegen, dass die Beratungshilfebewilligung nicht den Voraussetzungen des Beratungshilfegesetzes entspricht. ⁴Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn</u></p> <p><u>1. der WP/vBP durch eine Erkrankung oder durch berufliche Überlastung an der Beratung/Vertretung gehindert ist;</u></p> <p><u>2. der beratungshilfeberechtigte Mandant seine für die Mandatsbearbeitung erforderliche Mitarbeit verweigert;</u></p> <p><u>3. das Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant aus Gründen, die im Verhalten oder in der Person des Mandanten liegen, schwerwiegend gestört ist;</u></p> <p><u>4. sich herausstellt, dass die Einkommens-</u></p>	

<u>und/oder Vermögensverhältnisse des Mandanten</u> <u>die Bewilligung von Beratungshilfe nicht</u> <u>rechtfertigen.</u>	
<p style="text-align: center;">§ 124</p> <p style="text-align: center;">Berufliche Niederlassungen und Zweigniederlassungen</p>	<p>Derzeit § 19, inhaltlich unverändert.</p>
<p>(1) ¹Jede organisatorisch selbstständige Einheit begründet eine Niederlassung oder Zweigniederlassung im Sinne der §§ 3, 47 WPO. ²Jede Kundmachung einer beruflichen Anschrift begründet das Bestehen einer organisatorisch selbstständigen Einheit. ³In Abweichung von Satz 2 können mehrere berufliche Anschriften eine organisatorisch selbstständige Einheit bilden, wenn sie in engem örtlichen Zusammenhang stehen und die unter den Anschriften angebotenen Dienstleistungen unter einheitlicher Leitung erbracht werden. ⁴Die Kundmachung mehrerer beruflicher Anschriften für eine organisatorisch selbstständige Einheit ist nur zulässig, soweit dies für den Publikumsverkehr erforderlich ist.</p>	
<p>(2) ¹In einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft muss mindestens ein Wirtschaftsprüfer, der Mitglied des Vorstandes, Geschäftsführer, persönlich haftender Gesellschafter oder Partner ist, seine berufliche Niederlassung in der Hauptniederlassung oder am Sitz der Gesellschaft haben. ²In einer Buchprüfungsgesellschaft muss mindestens ein vereidigter Buchprüfer oder Wirtschaftsprüfer, der Mitglied des Vorstandes, Geschäftsführer, persönlich haftender Gesellschafter oder Partner ist, seine berufliche Niederlassung in der Hauptniederlassung oder am Sitz der Gesellschaft haben.</p>	
<p>(3) ¹Zweigniederlassungen von Wirtschaftsprüfern und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen jeweils von mindestens einem Wirtschaftsprüfer verantwortlich geleitet werden, der seine berufli-</p>	

che Niederlassung dort oder am Ort der Zweigniederlassung hat. ² Zweigniederlassungen von vereidigten Buchprüfern und Buchprüfungsgesellschaften müssen jeweils von mindestens einem vereidigten Buchprüfer oder Wirtschaftsprüfer verantwortlich geleitet werden, der seine berufliche Niederlassung dort oder am Ort der Zweigniederlassung hat.	
§ 135 Sozietät	Derzeit § 28, inhaltlich unverändert.
(1) Bei gemeinsamer Berufsausübung in einer Sozietät müssen die Sozietätsmitglieder unter ihren Namen und Berufsbezeichnungen auftreten.	
(2) Abweichend von Absatz 1 darf eine firmen- oder namensähnliche Bezeichnung für eine Sozietät verwendet werden; eine Sozietät kann nur unter einer einheitlichen Bezeichnung auftreten.	
(3) ¹ Alle Sozietätsmitglieder sind mit ihren Berufsbezeichnungen und bei überörtlicher Sozietät darüber hinaus mit ihren beruflichen Niederlassungen auf dem Briefbogen gesondert aufzuführen. ² Ist dies technisch unmöglich oder unzumutbar, ist eine Bezeichnung im Sinne des Absatzes 2 unter Aufführung aller in der Sozietät vertretenen Berufsbezeichnungen zulässig. ³ In diesem Fall sind die Angaben nach Satz 1 anderweitig zugänglich zu machen.	
(4) Für Praxisschilder gilt Absatz 1 und 2, bei Verwendung einer Bezeichnung im Sinne des Absatzes 2 gilt Absatz 3 Satz 2 entsprechend.	
§ 146 Berufsgesellschaften	Derzeit § 29, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ Die Bezeichnungen „Wirtschaftsprüfungsge-	

<p>sellschaft" oder „Buchprüfungsgesellschaft" sind nach der Rechtsformbezeichnung in die Firmierung oder den Namen der Berufsgesellschaft aufzunehmen. ²Wortverbindungen mit anderen Firmierungs- oder Namensbestandteilen sind unzulässig.</p>	
<p>(2) Die Firmierung oder der Name darf keine Hinweise auf berufsfremde Unternehmen oder Unternehmensgruppen enthalten.</p>	
<p>(3) ¹In die Firmierung oder den Namen von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen bei Personenfirmen nur Namen von Personen aufgenommen werden, die die Voraussetzungen des § 28 Absatz 4 Satz 1 Nr. 1 WPO erfüllen und Gesellschafter sind. ²Die Zahl der aufgenommenen Namen von Personen, die nicht über eine der in § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 WPO genannten beruflichen Qualifikationen verfügen, darf die Zahl der Personen, bei denen dies der Fall ist, nicht erreichen; besteht die Firmierung oder der Name nur aus zwei Gesellschafternamen, so muss ein Name einer Person, die über eine der in § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 WPO genannten beruflichen Qualifikationen verfügt, verwendet werden. ³Die Firmierung oder der Name einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft darf nach Ausscheiden namensgebender Gesellschafter fortgeführt werden.</p>	
<p>(4) Bisher zulässige Firmierungen oder Namen bleiben unberührt.</p>	
<p>(5) Auf Buchprüfungsgesellschaften findet Absatz 1 bis 4 entsprechende Anwendung, wobei die an vereidigte Buchprüfer und Buchprüfungsgesellschaften gestellten Anforderungen auch durch Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesell-</p>	

schaften erfüllt werden können.	
<p style="text-align: center;">§ 157</p> <p style="text-align: center;">Verwendung der Firmierung oder des Namens von Berufsgesellschaften durch andere Unternehmen</p>	Derzeit § 30, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ Eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft darf nicht dulden, dass ein Unternehmen, das nicht als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft anerkannt ist, wesentliche Bestandteile ihrer Firmierung oder ihres Namens enthält. ² Satz 1 gilt nicht, wenn sichergestellt ist, dass das andere Unternehmen ausschließlich Tätigkeiten im Sinne der §§ 2, 43a Absatz 4 WPO ausübt.	
(2) Absatz 1 gilt für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer entsprechend, wenn ein Unternehmen, das nicht als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft anerkannt ist, wesentliche Bestandteile ihres Vor- oder Nachnamens verwendet.	
Dritter Abschnitt: Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit	Der Abschnitt wurde aufgelöst und bezogen auf die originären Regelungen zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit, in einem neuen Teil 3 mit anderen Regelungen zur Qualitätssicherung in der WP/vBP-Praxis zusammengeführt (vgl. vorne die Hinweise zum Inhaltsverzeichnis).
<p style="text-align: center;">§ 16</p> <p style="text-align: center;">Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems</p>	Jetzt § 50.
(1) ¹ Das Qualitätssicherungssystem nach § 55b Satz 1 WPO hat die Regelungen zu umfas-	

sen, die nach dem Tätigkeitsbereich und den Verhältnissen der Praxis zur Einhaltung der Berufspflichten erforderlich sind, die die Letztverantwortung der Praxisleitung für das Qualitätssicherungssystem festlegen und die eine interne Kultur in der Praxis fördern, die die entscheidende Bedeutung der Qualität bei der Auftragsdurchführung berücksichtigt.²Die Ausgestaltung des Qualitätssicherungssystems hängt maßgeblich von der Art und Größe, dem gegenwärtigen und zukünftigen Tätigkeitsbereich sowie den qualitätsgefährdenden Risiken der Praxis ab.³WP/vBP sind dafür verantwortlich, dass die Gehilfen und Mitarbeiter nach Maßgabe ihrer Verantwortlichkeit über das Qualitätssicherungssystem informiert sind und auf die Einhaltung des Qualitätssicherungssystems verpflichtet werden; dies ist zu dokumentieren.⁴Sie haben dessen Angemessenheit und Wirksamkeit zu überwachen und es durchzusetzen.

(2) ¹WP/vBP sind verpflichtet, die Verantwortlichkeit in der Praxis für die Qualitätssicherung festzulegen und zu dokumentieren.²Der für die Qualitätssicherung Verantwortliche muss hierfür fachlich und persönlich geeignet sein, insbesondere über die erforderliche hierarchische Stellung innerhalb der Praxis verfügen.

(3) ¹Das Qualitätssicherungssystem ist in schriftlicher oder elektronischer Form zu dokumentieren.²Umfang und Inhalt der Dokumentation des Qualitätssicherungssystems haben sich an den individuellen Gegebenheiten (z. B. organisatorischen Strukturen sowie Art und Umfang der Aufträge) der einzelnen WP/vBP-Praxis zu orientieren.³Die Dokumentation muss es einem fachkundigen Dritten ermöglichen, sich in angemessener Zeit ein Bild von dem Qualitätssicherungssystem zu verschaffen.

<p style="text-align: center;">§ 17 Nachschau der Praxis</p>	<p>Jetzt § 52.</p>
<p>(1) ¹WP/vBP sind verpflichtet, eine Nachschau mit dem Ziel durchzuführen, die Angemessenheit und Wirksamkeit des Qualitätssicherungssystems zu beurteilen. ²Die Nachschau bezieht sich auf die Praxisorganisation unter Einschluss der Frage, ob die Regelungen der Praxis zur Abwicklung einzelner Aufträge eingehalten worden sind. ³Die Nachschau muss in angemessenen Abständen sowie bei gegebenem Anlass stattfinden.</p>	
<p>(2) ¹Das Ergebnis der Nachschau ist zu dokumentieren. ²Die bei der Nachschau getroffenen Feststellungen sind Grundlage für die Fortentwicklung des Qualitätssicherungssystems.</p>	

<p style="text-align: center;">§ 18 Fachliche Fortbildung</p>	<p style="text-align: center;">Jetzt § 4.</p>
<p>(1) ¹WP/vBP sind verpflichtet, sich fachlich fortzubilden (§ 43 Absatz 2 Satz 4 WPO). ²Die Fortbildung soll die Fachkenntnisse, die Fähigkeit zu ihrer Anwendung sowie das Verständnis der Berufspflichten auf einem ausreichend hohen Stand halten. ³WP/vBP erfüllen ihre Fortbildungsverpflichtung durch Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen als Hörer oder als Dozent sowie durch Selbststudium.</p>	
<p>(2) ¹Zu den Fortbildungsmaßnahmen gehören Fachveranstaltungen (Vorträge, Seminare, Diskussionsgruppen oder ähnliche Veranstaltungen). ²Unerheblich ist, ob sie durch Dritte oder durch die Praxis selbst organisiert und ob sie der Öffentlichkeit oder nur Mitarbeitern der Praxis zugänglich sind. ³Zu den Fortbildungsmaßnahmen gehört auch die Absolvierung von IT-gestützten Fachkursen (E-Learning, Web-based Training), wenn die Dauer der Teilnahme nachgewiesen werden kann. ⁴Der Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen gleichgestellt sind die schriftstellerische Facharbeit, die Tätigkeit in externen oder praxisinternen Fachgremien sowie die Tätigkeit als Dozent an Hochschulen.</p>	
<p>(3) Zum Selbststudium gehört insbesondere das Lesen von Fachschrifftum.</p>	
<p>(4) ¹Die Fortbildung muss sich auf die in §§ 2, 129 WPO genannten Tätigkeiten beziehen und geeignet sein, die in Absatz 1 Satz 2 genannten Kenntnisse und Fähigkeiten zu verbessern. ²Sie soll ihren Schwerpunkt in der ausgeübten oder beabsichtigten Berufstätigkeit des WP/vBP haben. ³Bei WP/vBP, die Abschlussprüfungen vornehmen, muss die Fortbildung in</p>	

angemessenem Umfang die Prüfungstätigkeit (§§ 2 Absatz 1, 129 Absatz 1 WPO) betreffen.	
(5) ¹ Die Fortbildung soll einen Umfang von 40 Stunden jährlich nicht unterschreiten. ² Hiervon müssen 20 Stunden auf die in Absatz 2 genannten Fortbildungsmaßnahmen entfallen; diese sind unter Bezeichnung von Art und Gegenstand für Nachweiszwecke zu dokumentieren. ³ Die Mindeststundenzahl nach Satz 2 kann auch durch Fortbildungsmaßnahmen nach § 57a Absatz 3 Satz 2 Nr. 4 WPO erbracht werden.	
<u>VierterDritter Abschnitt: Gehilfen und Mitarbeiter und andere Gehilfen</u>	
§ 198 Qualifikation, Information und Verpflichtung der <u>Gehilfen und Mitarbeiter</u> <u>und anderer Gehilfen</u>	Derzeit § 5.
(1) WP/vBP haben bei der Einstellung von Mitarbeitern deren fachliche und persönliche Eignung zu prüfen.	
(2) ¹ Die Mitarbeiter sind nach Maßgabe ihrer Verantwortlichkeit über die Berufspflichten zu informieren. ² Insbesondere sind sie auf die Einhaltung der Vorschriften zur Verschwiegenheit, zum Datenschutz und zu den Insider-Regeln zu verpflichten; dies ist zu dokumentieren.	Die derzeit noch in § 5 enthaltene Verpflichtung zur Belehrung über das Qualitätssicherungssystem und die entsprechende Dokumentation ist jetzt Teil 3 geregelt.
(3) Für <u>andere</u> Gehilfen gelten Absätze 1 und 2 entsprechend.	

<p style="text-align: center;">§ 2019</p> <p style="text-align: center;">Ausbildung, Fortbildung und Beurteilung der fachlichen Mitarbeiter</p>	<p>Derzeit § 6 Abs. 1 und 3. § 6 Abs. 2 – wurde bereits in der Anhörungsfassung (Anlage 1) in den neuen und erweiterten § 6 Abs. 3 – neu übernommen (siehe oben).</p>
<p>(1) ¹WP/vBP haben für eine angemessene praktische und theoretische Ausbildung des Berufsnachwuchses und die Fortbildung der fachlichen Mitarbeiter zu sorgen. ²Die Aus- und Fortbildung muss strukturiert sein und inhaltlich die Tätigkeitsbereiche des fachlichen Mitarbeiters betreffen.</p>	
<p>(2) WP/vBP sollen ihre fachlichen Mitarbeiter in angemessenen Abständen beurteilen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 240</p> <p style="text-align: center;">Mitwirkung bei der Ausbildung</p>	<p>Derzeit § 15, inhaltlich unverändert.</p>
<p>WP/vBP sollen nach ihren Möglichkeiten an der Ausbildung des Berufsnachwuchses sowie an der Ausbildung zum Steuerfachangestellten mitwirken.</p>	
<p>Fünfter<u>Vierter</u> Abschnitt: Haftungsbegrenzung / Berufshaftpflichtversicherung</p>	
<p style="text-align: center;">§ 221</p> <p style="text-align: center;">Haftungsbegrenzung</p>	
<p>Eine gesetzliche Haftungsbegrenzung darf nicht abbedungen werden.</p>	

<p style="text-align: center;">§ 232</p> <p style="text-align: center;">Berufshaftpflichtversicherung, Versicherungspflicht</p>	<p>Derzeit § 16, inhaltlich unverändert. Die Vorschriften in § 22 ff. entsprechen den in die Berufssatzung zu übernehmenden Regelungen der Verordnung über die Berufshaftpflichtversicherung für WP/vBP. Auf die insoweit ausführlichen Hinweise in der Anhörungsfassung (Anlage 1) wird verwiesen. Angesprochen sind nachfolgend nur wesentliche inhaltliche Änderungen:</p>
<p>(1) ¹Selbständige WP/vBP haben eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus ihrer Berufstätigkeit (§§ 2, 129, 43a Absatz 2 und 4 WPO) ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden nach Maßgabe der §§ 23 Absatz 2 bis 28 zu unterhalten. ²Für Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Berufshaftung gilt Satz 1 entsprechend.</p>	
<p><u>(1) Die nach § 54 WPO erforderliche Berufshaftpflichtversicherung von selbstständigen WP/vBP, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften sowie Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Berufshaftung, deren Partner WP/vBP sind, muss bei einem im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen zu den nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes eingereichten allgemeinen Versicherungsbedingungen genommen werden.</u></p>	<p>Die Überarbeitung berücksichtigt die neue Rechtsform der PartGmbH.</p>

<p><u>(2) Selbständig sind WP/vBP, die ihren Beruf nach Maßgabe von § 43 a WPO nicht ausschließlich als gesetzliche Vertreter oder Angestellte von Organisationseinheiten, die gesetzlich zur Unterhaltung einer Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet sind oder bei Prüfungsverbänden, Prüfungsstellen, Prüfungseinrichtungen oder ausländischen Berufsgesellschaften ausüben. Selbständig sind auch WP/vBP, die Partner einer nicht als Berufsgesellschaft anerkannten Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung sind.</u></p>	<p>Die (erstmalige) Definition der selbständigen Tätigkeit unter dem Blickwinkel der Versicherungspflicht entspricht der Berufsaufsichtspraxis und dient der Klarstellung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 243 Mindestversicherungssumme</p>	
<p>¹Die Mindestversicherungssumme für den einzelnen Versicherungsfall muss den in § 323 Absatz 2 Satz 1 HGB bezeichneten Umfang betragen. ²Ein Selbstbehalt von bis zu 1 vom Hundert der Mindestversicherungssumme für den einzelnen Versicherungsfall ist zulässig.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 254 Inhalt des Versicherungsvertrages</p>	
<p>(1) Der Versicherungsvertrag muss vorsehen, dass</p>	
<p>1. Versicherungsschutz für jede einzelne, während der Geltung des Versicherungsvertrages begangene Pflichtverletzung zu gewähren ist, die gesetzliche Haftpflichtansprüche privatrechtlichen Inhalts gegen den Versicherungsnehmer zur Folge haben könnte,</p>	
<p>2. sich der Versicherungsschutz auch auf solche Vermögensschäden erstreckt, für die der Versicherungsnehmer nach § 278 oder § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches einzustehen hat,</p>	
<p>3. der Versicherungsschutz auch das Handeln eines</p>	

Vertreters (§ 121 WPO) umfasst.	
(2) ¹ Der Versicherungsvertrag kann vorsehen, dass die Versicherungssumme den Höchstbetrag der dem Versicherer in jedem einzelnen Schadensfall obliegenden Leistung darstellt, und zwar mit der Maßgabe, dass nur eine einmalige Leistung der Versicherungssumme in Frage kommt	
1. gegenüber mehreren entschädigungspflichtigen Personen, auf welche sich der Versicherungsschutz erstreckt,	
2. bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens,	
3. bezüglich sämtlicher Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. ² Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. ³ In diesem Fall kann die Leistung des Versicherers auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme begrenzt werden. ⁴ Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.	
§ 265 Ausschlüsse	
(1) Von der Versicherung kann der Versicherungsschutz ausgeschlossen werden für	
1. Ersatzansprüche wegen wissentlicher Pflichtverletzung statt, sofern die der Anwendung des § 103 des Versicherungsvertragsgesetzes ausdrücklich ausgeschlossen wird,	Die Möglichkeit der Einschränkung des Versicherungsschutzes wegen wissentlicher Pflichtverletzung soll beschränkt werden und nur für den Fall möglich sein, dass die Anbindung des § 103 VVG ausdrücklich ausgeschlossen wird.

	Auf die Erläuterungstexte (Anlage 4) wird verwiesen.
2. Ersatzansprüche wegen <u>Schäden, die durch Pflichtverletzungen beim Zahlungsakt oder durch Veruntreuung durch das Personal des Versicherungsnehmers entstehen, Angehörige oder Berufsangehörige, mit denen der Beruf nach außen gemeinschaftlich ausgeübt wird,</u>	Die ursprünglich zur Streichung vorgesehenen Ausschlüsse wurden wieder aufgenommen, weil sie nicht die praktische Bedeutung haben und die Regelungen nicht ohne Not von denen der Steuerberater und Rechtsanwälte abweichen sollen.
3. Ersatzansprüche, die vor Gericht in Staaten, die kein Mitgliedstaat der Europäischen Union oder kein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum <u>oder nicht die Schweiz</u> sind, geltend gemacht werden, oder Ersatzansprüche wegen Verletzung oder Nichtbeachtung des Rechts dieser Staaten.	
(2) Von der Versicherung kann der Versicherungsschutz für Ersatzansprüche wegen Verletzung oder Nichtbeachtung des Rechts der Staaten, die kein Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder kein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum <u>oder nicht die Schweiz</u> sind, nur insoweit ausgeschlossen werden, als die Ansprüche nicht bei der das Abgabenrecht dieser Staaten betreffenden geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuer-sachen oder betriebswirtschaftlicher Prüfungstätigkeiten entstehen und als das den Ersatzansprüchen zugrundeliegende Auftragsverhältnis zwischen Versicherungsnehmer und seinem Auftraggeber nicht deutschem Recht unterliegt.	

<p style="text-align: center;">§ 276 Nachweis des Versicherungsabschlusses vor der Bestellung</p>	
<p>(1) ¹Bewerber, die ihre Bestellung zum WP/vBP beantragen und den Beruf selbstständig ausüben wollen, müssen der Wirtschaftsprüferkammer den Abschluss der Berufshaftpflichtversicherung durch eine Bestätigung des Versicherers nachweisen oder eine entsprechende vorläufige Deckungszusage vorlegen, in der sich der Versicherer verpflichtet, den Widerruf dieser Deckungszusage unverzüglich der Wirtschaftsprüferkammer anzuzeigen. ²Bei Vorlage einer vorläufigen Deckungszusage ist nach der Bestellung der Wirtschaftsprüferkammer unverzüglich der Abschluss der Berufshaftpflichtversicherung durch eine Bestätigung des Versicherers nachzuweisen.</p> <p><u>³WP/vBP, die bislang ausschließlich unselbstständig tätig waren, müssen mit Beginn der Selbstständigkeit unverzüglich den Abschluss der Berufshaftpflichtversicherung durch eine Bestätigung des Versicherers nachweisen.</u></p>	<p>Klarstellung, vor dem Hintergrund der Praxiserfahrung der WPK sinnvoll.</p>
<p>(2) <u>¹Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 gilt sinngemäß auch für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften sowie für Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Berufshaftung, deren Partner WP/vBP sind.</u>²<u>Absatz 1 Satz 1 bis 3 gilt sinngemäß bei Aufnahme einer Tätigkeit in einer Sozietät oder Kundmachung als Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Sinne von § 44b Absatz 4 und 6 WPO für den dort geforderten Nachweis.</u></p>	<p>Redaktionelle und klarstellende Überarbeitung der ursprünglich vorgesehenen Regelung.</p>
<p>(3) ¹Erfolgt die Bestellung zum WP auf Grund des Bestehens einer Eignungsprüfung im Sinne des § 131g Absatz 1 WPO, so sind die von den Versi-</p>	

<p>cherungsunternehmen eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz ausgestellten Bescheinigungen über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung als gleichwertig mit den in Deutschland ausgestellten Bescheinigungen anzuerkennen, sofern sie in Bezug auf Deckungsbedingungen und -umfang den in Deutschland geltenden Rechtsvorschriften genügen. ²Die zum Nachweis vorgelegten Unterlagen sind auf Verlangen mit einer beglaubigten Übersetzung vorzulegen, wenn sie nicht in deutscher Sprache abgefasst sind. ³Die Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sein.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 287 Anzeige von Veränderungen</p>	
<p>(1) ¹Der Wirtschaftsprüferkammer ist</p>	
<p>1. der Beginn, die Beendigung oder Kündigung des Versicherungsvertrags,</p>	
<p>2. jede Änderung des Versicherungsvertrags, die den vorgeschriebenen Versicherungsschutz beeinträchtigt,</p>	
<p>3. der Widerruf einer vorläufigen Deckungszusage sowie</p>	
<p>4. die Übernahme des Versicherungsvertrages von einem anderen Versicherer oder dessen Übergabe an einen anderen Versicherer durch Vertrag oder Rechtsnachfolge</p>	
<p>unverzüglich anzuzeigen. ²Dem Versicherer ist im Versicherungsvertrag eine Satz 1 entsprechende Verpflichtung aufzuerlegen.</p>	
<p>(2) Im Falle des § 267 Absatz 3 hat der WP, sofern die Erfüllung der Verpflichtung des Absatzes 1 durch das Versicherungsunternehmen nicht sichergestellt ist, der Wirtschaftsprüferkammer</p>	

jährlich eine Bescheinigung des Versicherers vorzulegen, aus der sich die Versicherungsbedingungen und der Deckungsumfang ergeben.	
Sechster<u>Fünfter</u> Abschnitt: Siegel	
<u>§ 298</u> Siegelführung	Derzeit § 18, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ WP/vBP sind verpflichtet, ein Siegel zu benutzen, wenn sie Erklärungen abgeben, die ihnen gesetzlich vorbehalten sind (§ 48 Absatz 1 Satz 1 WPO). ² Dies gilt auch bei solchen gesetzlich vorbehaltenen Erklärungen, denen eine nicht gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeit zugrunde liegt.	
(2) WP/vBP können ein Siegel führen, wenn sie in ihrer Berufseigenschaft Erklärungen über Prüfungsergebnisse abgeben oder Gutachten erstatten, die ihnen nicht gesetzlich vorbehalten sind.	
(3) WP/vBP dürfen das Siegel im Rahmen ihrer sonstigen beruflichen Betätigung nicht führen.	
(4) WP/vBP dürfen keine siegelimitierenden Rundstempel verwenden.	
<u>§ 3029</u> Gestaltung des Siegels	Derzeit § 18a. Soweit bereits in der Anhörungsfassung Abs. 2 gestrichen wurde (Regelung zur Gestaltung des Siegels), eröffnet dies z. B. die in Anhörung reklamierte Alternative eines elektronischen Siegels (vgl. auch die Erläuterungen, Anlage 4).
(1) Das Siegel des WP/vBP muss nach Form und Größe dem Muster der Anlage 1 entsprechen.	
(2) ¹ Der äußere Kreis des Siegels eines WP/vBP enthält in Umschrift im oberen Teil Vor- und Fami-	Klarstellung, die sich im Übrigen auch in einer überarbeiteten Anlage der Sie-

<p>liennamen des WP/vBP, im unteren Teil die Angabe des Ortes der beruflichen Niederlassung, der innere Kreis in waagerechter Schrift die Berufsbezeichnung „Wirtschaftsprüfer“ bzw. „vereidigter Buchprüfer“ und am unteren Rand das Wort „Siegel“. ²Frauen können die Berufsbezeichnung „Wirtschaftsprüferin“ bzw. „vereidigte Buchprüferin“ führen. ²³Ist der WP/vBP zur Führung eines akademischen Grades oder Titels befugt, so kann dieser dem Namen hinzugefügt werden. ³⁴Siegel von WP/vBP, die eine Zweigniederlassung unterhalten, können nach oder unter der Angabe des Ortes der Hauptniederlassung die Angabe des Ortes der Zweigniederlassung mit dem Zusatz „Zweigniederlassung“ enthalten.</p>	<p>gelmuster widerspiegelt (vgl. die in Abs. 1 angesprochene Anlage 1 zur Satzung).</p>
<p>(3) ¹Der äußere Kreis des Siegels einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft enthält in Umschrift im oberen Teil die Firma der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft, im unteren Teil die Angabe des Sitzes, der innere Kreis in waagerechter Schrift die Bezeichnung „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“ oder „Buchprüfungsgesellschaft“ und am unteren Rand das Wort „Siegel“. ²Siegel, die für eine Zweigniederlassung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft benutzt werden, können nach oder unter der Angabe des Ortes des Sitzes der Gesellschaft die Angabe des Ortes der Zweigniederlassung mit dem Zusatz „Zweigniederlassung“ enthalten. ³Wird für die Zweigniederlassung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft ein abweichender Firmenkern verwendet, enthält der äußere Kreis des Siegels der Zweigniederlassung in Umschrift im oberen Teil die Firma der Zweigniederlassung, im unteren Teil die Angabe des Ortes der Zweigniederlassung sowie danach oder darunter einen Zusatz, der die Worte „Zweigniederlassung der“ sowie die</p>	

<p>Firma der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft enthält. ⁴Der innere Kreis des Siegels enthält das Wort „Siegel“.</p>	
<p>Teil 2: Besondere Berufspflichten bei der Durchführung von Prüfungen und der Erstattung von Gutachten</p>	
<p>Erster Abschnitt: Unparteilichkeit / Besorgnis der Befangenheit</p>	<p>Die Regelungen wurden schon in der Anhörungsfassung nur vereinzelt geändert. Auf die seinerzeitige Gegenüberstellung (Anlage 1) wird verwiesen. Nachfolgend sind nur die sich aus der Anhörung ergebenden Modifikationen angesprochen:</p>
<p>§ 310 Unparteilichkeit</p>	
<p>(1) ¹WP/vBP haben sich insbesondere bei der Erstattung von Prüfungsberichten und Gutachten unparteiisch zu verhalten (§ 43 Absatz 1 Satz 2 WPO), d. h. keinen der Beteiligten zu benachteiligen oder zu bevorzugen. ²Dazu ist es erforderlich, den Sachverhalt vollständig zu erfassen, unter Abwägung der wesentlichen Gesichtspunkte fachlich zu beurteilen und bei der Berichterstattung alle wesentlichen Gesichtspunkte vollständig wiederzugeben.</p>	
<p>(2) ¹Hat der Auftrag eine Darstellung mit argumentativer Funktion zum Gegenstand, muss dies in der Bezeichnung des Auftrags und in der Darstellung des Ergebnisses deutlich zum Ausdruck kommen. ²Der Begriff „Gutachten“ darf nicht verwendet werden.</p>	<p>Die Regelung findet sich im Abschnitt „Gutachten“ wieder (§ 48). Sie regelt nichts zur Unparteilichkeit oder Besorgnis der Befangenheit und gehört daher nicht an diese Stelle.</p>

<p style="text-align: center;">§ 321</p> <p style="text-align: center;">Unbefangenheit und Besorgnis der Befangenheit</p>	
<p>(1) WP/vBP haben ihre Tätigkeit zu versagen, wenn sie bei der Durchführung von Prüfungen oder der Erstattung von Gutachten nicht unbefangen sind oder wenn die Besorgnis der Befangenheit besteht.</p>	
<p>(2) ¹Unbefangen ist, wer sich sein Urteil unbeeinflusst von unsachgemäßen Erwägungen bildet. ²Die Unbefangenheit kann insbesondere durch Eigeninteressen (§ 354), Selbstprüfung (§ 365), Interessenvertretung (§ 376) sowie persönliche Vertrautheit (§ 387) beeinträchtigt werden. ³Das Vorliegen solcher Umstände führt nicht zu einer Beeinträchtigung der Unbefangenheit, wenn die Umstände selbst für die Urteilsbildung offensichtlich unwesentlich sind oder zusammen mit Schutzmaßnahmen (§ 332) insgesamt unbedeutend sind. ⁴Umstände nach Satz 2 können sich insbesondere aus Beziehungen geschäftlicher, finanzieller oder persönlicher Art ergeben.</p>	
<p>(3) ¹Besorgnis der Befangenheit liegt vor, wenn Umstände im Sinne von Absatz 2 Satz 2 gegeben sind, die aus Sicht eines verständigen Dritten geeignet sind, die Urteilsbildung unsachgemäß zu beeinflussen. ²Besorgnis der Befangenheit liegt nicht vor, sofern die Gefährdung der Unbefangenheit nach Absatz 2 Satz 3 unbedeutend ist.</p>	
<p>(4) ¹Die Besorgnis der Befangenheit kann auch dadurch begründet werden, dass</p>	
<p>1. Personen, mit denen der WP/vBP seinen Beruf gemeinsam ausübt,</p>	
<p>2. Personen, mit denen der WP/vBP in einem Netzwerk verbunden ist,</p>	
<p>3. Personen, soweit diese bei der Auftragsdurchführung beschäftigt sind,</p>	

4. Ehegatten, Lebenspartner oder Verwandte in gerader Linie des WP/vBP oder für eine dieser Personen handelnde Vertreter oder	
5. Unternehmen, auf die der WP/vBP maßgeblichen Einfluss hat,	
<p>Sachverhalte nach Absatz 2 verwirklichen. ²Bei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften kann die Befangenheit begründet werden, wenn sie selbst, einer ihrer gesetzlichen Vertreter, ein Gesellschafter, der maßgeblichen Einfluss ausüben kann oder bei der Prüfung in verantwortlicher Position beschäftigt ist, oder andere beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, oder Unternehmen, auf die die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft maßgeblichen Einfluss hat, oder Personen, mit denen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder Buchprüfungsgesellschaft in einem Netzwerk verbunden ist, Sachverhalte nach Absatz 2 verwirklichen. ³Die Zurechnung von solchen Sachverhalten in Netzwerken ist ausgeschlossen, wenn das Netzwerkmitglied auf das Ergebnis der Prüfung keinen Einfluss nehmen kann; dies gilt nicht für Fälle des Verbots der Selbstprüfung (§ 365). ⁴Die Zurechnung von Sachverhalten, die zu einer übermäßigen Umsatzabhängigkeit (§ 354 Absatz 1 Nr. 2) führen, ist in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 bis 4 ausgeschlossen.</p>	
<p>(5) ¹Vor Annahme eines Auftrages sowie während der gesamten Dauer der Auftragsdurchführung ist zu prüfen, ob die Unbefangenheit gefährdende Umstände vorliegen. ²Die zur Überprüfung getroffenen Maßnahmen und dabei festgestellte kritische Sachverhalte sind in den Arbeitspapieren schriftlich zu dokumentieren.</p>	

<p style="text-align: center;">§ 332 Schutzmaßnahmen</p>	
<p>(1) ¹Schutzmaßnahmen sind solche Maßnahmen oder Verfahren, die geeignet sind, eine Gefährdung der Unbefangenheit der WP/vBP soweit abzuschwächen, dass aus Sicht eines verständigen Dritten die Gefährdung insgesamt als unwesentlich zu beurteilen ist. ²Hierzu können, je nach den vorliegenden Umständen, aus denen sich die Gefährdung ergibt, insbesondere gehören:</p>	
<p>1. Erörterungen mit Aufsichtsgremien des Auftraggebers,</p>	
<p>2. Erörterungen mit Aufsichtsstellen außerhalb des Unternehmens,</p>	
<p>3. Transparenzregelungen,</p>	
<p>4. Einschaltung von Personen in den Prüfungsauftrag, die nicht schon anderweitig damit befasst sind,</p>	
<p>5. Beratung mit Kollegen, die in Fragen der Unbefangenheit erfahren sind, und</p>	
<p>6. personelle und organisatorische Maßnahmen, durch die sichergestellt wird, dass Informationen aus der zusätzlichen Tätigkeit, die zu einer Befangenheit als Abschlussprüfer führen können, den für die Abschlussprüfung Verantwortlichen nicht zur Kenntnis gelangen (Firewalls).</p>	
<p>(2) Bei der Dokumentation der Gefährdungen und ihrer Prüfung (§ 31 Absatz 5) sind im Einzelfall ergriffene Schutzmaßnahmen ebenfalls zu dokumentieren.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 343 Bedeutung absoluter Ausschlussgründe im Sinne der §§ 319 Absatz 3, 319a und 319b Absatz 1 HGB</p>	
<p>(1) ¹WP/vBP haben, wenn sie Tatbestände im Sinne der §§ 319 Absatz 3, 319b Absatz 1 Satz 2 HGB sowie, soweit kein Entlastungsbeweis ge-</p>	<p>Der „nachgebildete Bestätigungsvermerk“ ist ein gängiger Begriff, inhaltlich aber unpräzise. Aus Sicht der Fachaus-</p>

<p>führt wird, im Sinne des § 319b Absatz 1 Satz 1 HGB verwirklichen, bei allen gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen nach § 49 Halbsatz 2 WPO ihre Tätigkeit zu versagen. ²Bei nicht gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen, bei denen ein <u>für die Darstellung des Prüfungsergebnisses der Begriff Bestätigungsvermerk erteilt verwendet wird, der dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk in § 322 HGB nachgebildet wird,</u> gilt Satz 1 sinngemäß.</p>	<p>schüsse reicht es, dass der Begriff „Bestätigungsvermerk“ verwandt wird, um bei den Auftraggebern und der Öffentlichkeit das Gütesiegel nach § 322 HGB zu reklamieren - jedenfalls wenn der Begriff von einem WP/vBP benutzt wird. Dann müssen aber auch die dahinterstehenden Anforderungen entsprechend der Erwartungshaltung der Auftraggeber und der Öffentlichkeit erfüllt werden.</p>
<p>(2) ¹Wenn Tatbestände im Sinne der §§ 319 Absatz 3, 319b Absatz 1 Satz 2 HGB sowie, soweit kein Entlastungsbeweis geführt wird, im Sinne des § 319b Absatz 1 Satz 1 HGB verwirklicht sind, wird auch berufsrechtlich die Besorgnis der Befangenheit unwiderleglich vermutet. ²In diesen Fällen können Schutzmaßnahmen im Sinne des § 332 nicht berücksichtigt werden.</p>	
<p>(3) Sind Tatbestandsmerkmale des § 319 Absatz 3 HGB nicht vollständig erfüllt, kann Besorgnis der Befangenheit im Sinne des § 321 Absatz 3 nur dann bestehen, wenn zusätzliche Umstände eine nicht unbedeutende Gefährdung der Unbefangenheit begründen.</p>	
<p>(4)) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Tatbestände des § 319a HGB für die dort erfassten Abschlussprüfungen.</p>	
<p>(5) Die Absätze 1 bis 4 sind auf den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses entsprechend anzuwenden.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 354 Eigeninteressen</p>	
<p>(1) Eigeninteressen finanzieller Art können insbesondere vorliegen bei:</p>	

1. kapitalmäßigen oder sonstigen finanziellen Bindungen gegenüber dem zu prüfenden, dem zu begutachtenden oder dem den Auftrag erteilenden Unternehmen,	
2. einer übermäßigen Umsatzabhängigkeit gegenüber einem derartigen Unternehmen,	
3. über normalen Geschäfts- und Lieferverkehr mit Dritten hinausgehenden Leistungsbeziehungen,	
4. Forderungen <u>oder Verbindlichkeiten gegenüber dem</u> Mandanten oder das dem zu begutachtenden Unternehmen aus einem Kredit- oder Bürgschaftsverhältnis,	Diese den internationalen Anforderungen geschuldete Erweiterung des Tatbestandes ist bereits in dem zur Beiratssitzung im November 2013 vorgelegten Text der Neufassung der Erläuterungen enthalten. Ob Forderungen oder Verbindlichkeiten – beide Fallkonstellationen können im Verhältnis zum Mandanten kritisch sein. Von daher sollten auch beide Fallkonstellationen im Satzungstext angesprochen werden, um nicht differenzierten Interpretationsansätzen Vorschub zu leisten.
5. Honorarforderungen, wenn sie über einen längeren Zeitraum offenstehen und einen nicht unerheblichen Betrag erreichen,	
6. kapitalmäßigen oder sonstigen finanziellen Bindungen des Pensionsplans der Praxis gegenüber dem zu prüfenden, dem zu begutachtenden oder dem den Auftrag erteilenden Unternehmen.	Vor dem Hintergrund kritischer Hinweise im Rahmen der Anhörung soll die Regelung wieder gestrichen werden. Sie ist inhaltlich abgedeckt durch die Nummer 1, was wiederum im Erläuterungstext ausführlich angesprochen ist.
(2) Eigeninteressen sonstiger Art können insbesondere vorliegen bei:	
1. Pflichtverletzungen aus vorangegangenen Prüfungen oder sonstigen Dienstleistungen, sofern ein Verdeckungsrisiko besteht,	
2. offene Rechtsstreitigkeiten über Regress- oder Gewährleistungsfragen aus früheren Aufträgen,	
3. Verhandlungen über ein künftiges Arbeitsverhältnis.	

<p style="text-align: center;">§ 365 Selbstprüfung</p>	
<p>(1) Eine Selbstprüfung liegt vor, wenn der WP/vBP einen Sachverhalt zu beurteilen hat, an dessen Entstehung er selbst unmittelbar beteiligt und diese Beteiligung nicht von nur untergeordneter Bedeutung war.</p>	
<p>(2) Eine Selbstprüfung im Sinne von Absatz 1 ist nicht gegeben, wenn der WP/vBP zwar bereits früher mit dem Sachverhalt befasst war, dabei aber, ohne an der Entstehung im Sinne von Absatz 1 mitzuwirken, denselben Gegenstand zu prüfen oder sonst zu beurteilen hatte.</p>	
<p>(3) ¹Die Mitwirkung an der Führung der Bücher oder an der Aufstellung des zu prüfenden Jahresabschlusses begründet unwiderleglich die Besorgnis der Befangenheit, sofern die Tätigkeit nicht von untergeordneter Bedeutung ist. ²Dies gilt nur für die unmittelbare Mitwirkung, grundsätzlich aber nicht für Beratungs- oder sonstige Leistungen, die sich nur mittelbar auf den Abschluss auswirken. ³Auch eine Mitwirkung im Rahmen der prüferischen Aufgaben etwa durch Vorabbeurteilung von Sachverhalten begründet im Regelfall keine Befangenheit. ⁴Ob weitergehend auch Mitwirkungshandlungen von nur untergeordneter Bedeutung schädlich sind, ist nach dem allgemeinen Befangenheitstatbestand (§ 321 Absatz 3) unter Abwägung aller Umstände unter Einschluss von Schutzmaßnahmen zu beurteilen.</p>	
<p>(4) ¹Die Mitwirkung des WP/vBP bei der Durchführung der internen Revision begründet die Besorgnis der Befangenheit, wenn der WP/vBP eine verantwortliche Position übernimmt. ²Zulässig ist dagegen die Mitwirkung an einzelnen Bereichen oder Aufgaben sowie insbesondere die Übernah-</p>	

me von Prüfungstätigkeiten.	
<p>(5) ¹Besorgnis der Befangenheit besteht immer dann, wenn der WP/vBP Funktionen der Unternehmensleitung übernommen hatte oder hat, und zwar unabhängig davon, ob sich diese auch auf den Bereich der Rechnungslegung erstrecken.</p> <p><u>²Hatte der WP/vBP in der Vergangenheit Funktionen der Unternehmensleitung übernommen, besteht Besorgnis der Befangenheit dann, wenn er hierbei an Sachverhalten mitgewirkt hat, die sich auf den Prüfungsgegenstand auswirken.</u></p> <p>²³Gleiches gilt bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen, die die Anlage von Vermögenswerten des zu prüfenden Unternehmens betreffen oder in der Übernahme oder Vermittlung von Anteilen oder sonstigen Finanzinstrumenten des zu prüfenden Unternehmens bestehen.</p>	<p>Wie in der Anhörungsfassung (Anlage 1) angesprochen, basiert eine in der Vergangenheit begründete Besorgnis der Befangenheit auf einer Regelung des CoE. Die ursprünglich vorgesehene Formulierung (... übernommen hatte) geht jedoch ausweislich auch der Kritik in der Anhörung zu weit. Vergangenheitsbezogene Fälle müssen sachbezogen zeitlich eingegrenzt werden können, was der neue Satz 2 ermöglicht.</p>
<p>(6) ¹Versicherungsmathematische Leistungen und Bewertungsleistungen, die sich auf den Inhalt des zu prüfenden Jahresabschlusses nicht nur unwesentlich auswirken, können die Besorgnis der Befangenheit begründen, wenn es sich um eigenständige Leistungen handelt und die Tätigkeit nicht von untergeordneter Bedeutung ist. ²Nicht eigenständig sind solche Leistungen, bei denen sich die Mitwirkung des WP/vBP auf technisch-mechanische Hilfeleistungen beschränkt und die wesentlichen Vorgaben für die zu treffenden Annahmen sowie für die Methodik von dem Mandanten stammen.</p>	
<p>(7) ¹Bei der Prüfung von Unternehmen im Sinne des § 319a HGB wird die Besorgnis der Befangenheit wegen der Erbringung von Rechts- oder Steuerberatungsleistungen unwiderleglich vermutet, wenn diese über das Aufzeigen von Gestaltungsalternativen hinausgehen und sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertrags-</p>	

<p>lage in dem zu prüfenden Jahresabschluss unmittelbar und nicht nur unwesentlich auswirken.</p> <p>²Beratungsleistungen, die Hinweise auf die bestehende Rechtslage geben oder die sich auf die Beurteilung bereits verwirklichter Sachverhalte beziehen, führen nicht zu einer Gefährdung der Unbefangenheit. ³Werden Leistungen im Sinne des Satzes 1 für Unternehmen erbracht, die nicht kapitalmarktorientiert im Sinne des § 264d HGB sind, gilt die unwiderlegliche Vermutung nicht, sondern ist im Einzelfall zu prüfen, ob insbesondere wegen hinzutretender weiterer Umstände die Besorgnis der Befangenheit (§ 321 Absatz 3, § 319 Absatz 2 HGB) besteht.</p>	
<p>(8) Bei der Prüfung von Unternehmen im Sinne des § 319a HGB wird die Besorgnis der Befangenheit unwiderleglich vermutet, wenn der WP/vBP in dem zu prüfenden Geschäftsjahr an der Entwicklung, Einrichtung und Einführung von Rechnungslegungsinformationssystem mitgewirkt hat, soweit die Tätigkeit über die Prüfungstätigkeit hinausgeht und nicht von untergeordneter Bedeutung ist.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 376 Interessenvertretung</p>	
<p>(1) Die Unbefangenheit kann wegen Interessenvertretung gefährdet sein, wenn der WP/vBP in anderer Angelegenheit beauftragt war, Interessen für oder gegen das zu prüfende, das zu begutachtende oder das den Auftrag erteilende Unternehmen zu vertreten.</p>	
<p>(2) Eine Interessenvertretung für ein Unternehmen liegt insbesondere vor, wenn der WP/vBP einseitig und nachhaltig für dieses Unternehmen eintritt, für das Unternehmen Werbung betreibt oder dessen Produkte vertreibt, nicht hingegen bei rechtlicher</p>	

oder steuerlicher Vertretung.	
(3) Eine Interessenvertretung gegen ein Unternehmen liegt insbesondere vor bei einseitiger und nachhaltiger Wahrnehmung von gegen das Unternehmen gerichteten Interessen Dritter oder von Treuhandfunktionen im Auftrag von einzelnen Gesellschaftern in einem solchen Unternehmen.	
§ 387 Persönliche Vertrautheit	
¹ Persönliche Vertrautheit liegt vor, wenn ein WP/vBP enge persönliche Beziehungen zu dem zu prüfenden, zu begutachtenden oder den Auftrag erteilenden Unternehmen, den Mitgliedern der Unternehmensleitung oder Personen, die auf den Prüfungsgegenstand Einfluss haben, unterhält oder unterhielt . <u>²Persönliche Vertrautheit kann auch vorliegen, wenn enge persönliche Beziehungen zwar in der Vergangenheit bestanden und nicht mehr bestehen, diese aber weiterhin die unbefangene Beurteilung von Sachverhalten beeinträchtigen.</u>	Wie in der Anhörungsfassung (Anlage 1) angesprochen, basiert eine in der Vergangenheit begründete Besorgnis der Befangenheit auf einer Regelung des CoE. Die ursprünglich vorgesehene Formulierung (... oder unterhielt) geht jedoch ausweislich auch der Kritik in der Anhörung zu weit. Vergangenheitsbezogene Fälle müssen sachbezogen zeitlich eingegrenzt werden können, was der neue Satz 2 ermöglicht.
Zweiter Abschnitt: Prüfungsdurchführung	
§ 398 Auftragsannahme, Prüfungsplanung, Mindestzeitaufwand bei gesetzlichen Abschlussprüfungen	Derzeit § 24a, die vorgesehenen Änderungen sind bereits in der Anhörungsfassung angesprochen (vgl. die Anlage 1).
(1) ¹ WP/vBP haben vor der Annahme eines Prüfungsauftrages zu prüfen, ob sie über die dafür erforderliche Sachkunde und die zur Bearbeitung nötige Zeit verfügen (§ 3 Absatz 2), die Unbefangenheit gefährdende Umstände vorliegen (§ 3 2 ¹ Absatz 5) oder sonstige Gründe bestehen, die sie verpflichten, die Tätigkeit zu versagen. ² Bei gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen ist	

<p>sicherzustellen<u>dafür Sorge zu tragen</u>, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Bestellung als Abschlussprüfer erfüllt sind, insbesondere eine wirksame Bescheinigung über die Teilnahme an der Qualitätskontrolle nach § 57a WPO-vorliegt oder eine Ausnahmegenehmigung erteilt wurde (<u>§ 57a WPO</u>).</p>	<p>Anregung aus der Anhörung (Verwendung berufsüblicher Begrifflichkeiten).</p> <p>Redaktionelle Klarstellung.</p>
<p>(2) WP/vBP haben von der Auftragsannahme an durch sachgerechte Prüfungsplanung dafür Sorge zu tragen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen des zu prüfenden Unternehmens angemessener und ordnungsgemäßer Prüfungsablauf in sachlicher, personeller und zeitlicher Hinsicht gewährleistet ist.</p>	
<p>(3) ¹WP/vBP sind verpflichtet, die Verantwortlichkeit für die Auftragsdurchführung festzulegen und zu dokumentieren. ²Der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP muss von der Ordnungsmäßigkeit der Annahme eines Prüfungsauftrages nach Absatz 1 überzeugt sein <u>davon überzeugt sein, dass geeignete Verfahren zur Annahme und Fortführung von Mandantenbeziehungen und Prüfungsaufträgen befolgt wurden und feststellen, dass die in dieser Hinsicht gezogenen Schlussfolgerungen angemessen sind</u>. ³Er hat die Prüfungsplanung nach Absatz 2 maßgeblich zu bestimmen.</p>	<p>Hinweise aus der Anhörung, die die Präzisierung der Aufgabe des Auftragsverantwortlichen anregen; dieser muss bei der Annahme eines Prüfungsauftrages nicht dabei gewesen sein und sich daher im Nachhinein nur von der Ordnungsmäßigkeit der Prozesse überzeugen.</p>
<p>(4) ¹Bei der Auswahl der Mitglieder des Prüfungsteams und von Sachverständigen, die nicht dem Prüfungsteam angehören, ist <u>soweit es sich nicht um interne Sachverständige handelt</u>, darauf zu achten, dass ausreichende praktische Erfahrungen, Verständnis der fachlichen Regeln sowie die notwendigen Branchenkenntnisse vorhanden sind. ²<u>Zusätzlich ist</u> Bbei <u>allen</u> Mitgliedern des Prüfungsteams ist zusätzlich auf ein hinreichendes Verständnis für das Qualitätssicherungssystem</p>	<p>Die Stellung des Sachverständigen – je auch nach Funktion – wurde entsprechend der Hinweise auch im Anhörungsverfahren präzisiert.</p>

<p>der Praxis zu achten. ³Bei internen oder externen Sachverständigen ist zu beurteilen, ob sie über die für die Zwecke des WP/vBP notwendige Kompetenz und notwendigen Fähigkeiten verfügen. ³⁴Der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP muss davon überzeugt sein, dass die Anforderungen nach Satz 1 und bis 23 erfüllt sind.</p>	
<p>(5) WP/vBP haben für Abschlussprüfungen im Sinne der §§ 316 ff. HGB eine angemessene Zeit aufzuwenden und in angemessenem Umfang qualifiziertes Personal einzusetzen.</p>	
<p>(6) ¹Für die Prüfung eines Jahresabschlusses ist im Regelfall zumindest die aus der Anlage 2 ersichtliche Anzahl an Arbeitsstunden des WP/vBP und seiner Gehilfen aufzuwenden. ²Satz 1 gilt nicht für die Prüfung des Jahresabschlusses von Beteiligungsunternehmen sowie von Unternehmen im Sinne der §§ 340, 341 HGB.</p>	<p>Zu den Regelungen in Abs. 6 bis 8 und auch zu den dortigen Änderungen einschließlich der neuen Anlage 2 wird auf die gesonderte Ausarbeitung des PAGO verwiesen (Anlage 5).</p>
<p>(7) ¹Im Regelfall sind mindestens 2015 vom Hundert der für die Abschlussprüfung aufgewandten Arbeitsstunden von WP zu erbringen. ²Bei der Prüfung von mittelgroßen Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 267 Absatz 2 HGB) oder von mittelgroßen Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Absatz 1 HGB kann der in Satz 1 genannte Anteil am Gesamtzeitaufwand auch von vBP erbracht werden.</p>	
<p>(8) Für Nachweiszwecke sind</p>	
<p>1. die Anzahl der für die Auftragsdurchführung aufgewandten Arbeitsstunden,</p>	
<p>2. der Anteil am Gesamtzeitaufwand, der auf Personen entfällt, die nach Maßgabe des Absatzes 37 an der Prüfung mitwirken müssen, sowie</p>	
<p>3. die Qualifikation der Personen, die darüber hinaus an der Prüfung mitgewirkt haben, und der zeitliche</p>	

Umfang ihrer Mitwirkung	
in der Praxis zu dokumentieren.	
<p style="text-align: center;">§ 4039 Auftragsabwicklungsdurchführung</p>	<p>Derzeit § 24b, die wesentlichen Änderungen wurden in der Anhörungsfassung (Anlage 1) erläutert. Im Rahmen der Anhörung wurde der Terminus „Auftragsabwicklung“ durch den der „Auftragsdurchführung“ ersetzt. Dieser Terminus findet auch in den gesetzlichen Regelungen überwiegend Anwendung. Die wohl nach bisherigem Verständnis durch die Auftragsabwicklung mit erfasste Auftragsannahme ist ein eigener Prozessabschnitt, der nicht gekünstelt mit dem der Auftragsdurchführung verbunden werden muss. Die nachfolgenden Regelungen sprechen also immer präzise entweder von der Auftragsannahme oder der Auftragsdurchführung oder von beidem.</p>
<p>(1) ¹Der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP hat bei jedem ihm zugeteilten Prüfungsauftrag die <u>gesamte</u> Verantwortung für die Gesamte Qualität zu übernehmen und für eine den Verhältnissen des zu prüfenden Unternehmens entsprechende Prüfungsdurchführung Sorge zu tragen. ²Dabei hat er Art, Umfang und Dokumentation der Prüfungsdurchführung im Rahmen seiner Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen in Abhängigkeit von Größe, Komplexität und Risiko des Prüfungsmandats zu bestimmen.</p>	<p>Redaktionelle Änderung.</p>
<p>(2) ¹Der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP hat seine Gehilfen und <u>fachlichen</u></p>	<p>Hier wie später zum Sachverständigen Anpassung an die grundsätzli-</p>

<p>Mitarbeiter <u>und andere fachliche Gehilfen, soweit es sich nicht um Sachverständige handelt</u>, durch Prüfungsanweisungen mit ihren Aufgaben vertraut zu machen. ²Die Prüfungsanweisungen sollen gewährleisten, dass die Prüfungshandlungen sachgerecht vorgenommen, in den Arbeitspapieren ausreichend und ordnungsgemäß dokumentiert werden sowie ordnungsgemäß <u>dem für die Auftragsdurchführung verantwortlichen WP/vBP</u> Bericht erstattet werden kann. ³Dieser <u>für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP</u> hat die Einhaltung der Prüfungsanweisungen zu überwachen und dafür zu sorgen, dass für das Prüfungsergebnis bedeutsame Zweifelsfragen an ihn herangetragen werden. ⁴<u>Mit einem Sachverständigen hat der auftragsverantwortliche WP/vBP Art, Umfang und Ziele dessen Arbeit zu vereinbaren.</u></p>	<p>che Überarbeitung, die in diesem Komplex durch die Anhörung ausgelöst wurde.</p>
<p>(3) Der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP hat</p>	
<p>1. während der Auftragsdurchführung auf Anzeichen für Verstöße gegen die relevanten Berufspflichten durch Mitglieder des Prüfungsteams zu achten und bei Anzeichen für Verstöße geeignete Maßnahmen zu ergreifen;</p>	
<p>2. eine Schlussfolgerung über die Einhaltung der für den Auftrag geltenden <u>Unabhängigkeits- und Unbefangenheitsanforderungen</u> zu ziehen, wobei er relevante Informationen von der Praxis und gegebenenfalls von Mitgliedern eines Netzwerkes einholt, Informationen zu etwaigen festgestellten Verstößen gegen die Regelungen und Verfahren der Praxis zur Unabhängigkeit <u>und Unbefangenheit</u> zu beurteilen und, soweit dies erforderlich und möglich ist, geeignete Schutzmaßnahmen (§ 332) zu ergreifen;</p>	
<p>3. dafür zu sorgen und sich davon zu überzeugen, dass bei schwierigen oder umstrittenen Sachverhalten interner oder externer fachlicher Rat eingeholt wird (Konsultation) und dass die hieraus gezogenen Schlussfolgerungen unter Berücksichtigung der Konsul-</p>	<p>Der Übersichtlichkeit wegen gestrichen, da die Konsultation noch in § 40 geregelt wird.</p>

<p>tation erfolgen und umgesetzt werden.</p>	
<p>(4) ¹Der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP hat sich auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse der an der Prüfung beteiligten Gehilfen und <u>fachlichen</u> Mitarbeiter <u>und anderen</u> fachlichen <u>Gehilfen</u> und seiner eigenen bei der Prüfung erworbenen Kenntnisse eigenverantwortlich ein Urteil über die Einhaltung der gesetzlichen und fachlichen Regeln zu bilden. ²Dies umfasst auch die Ergebnisse einer etwaigen auftragsbezogenen oder auftragsbegleitenden Qualitätssicherung (§§ 410, 421). ³Hierzu ist es erforderlich, dass sich der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP in einem Umfang an der Prüfungsdurchführung beteiligt, der es ihm ermöglicht, zuverlässig zu einer eigenen Urteilsbildung zu gelangen. ⁴Zu diesem Zweck hat er vor Beendigung der Prüfung und Datierung des Prüfungsberichts <u>rechtzeitig</u> die Arbeit der an der Prüfung beteiligten Gehilfen und <u>fachlichen</u> Mitarbeiter <u>und anderen</u> fachlichen <u>Gehilfen</u> sowie die Dokumentation der Prüfungshandlungen und -ergebnisse auf die Einhaltung der gesetzlichen und fachlichen Regeln zu beurteilen. ⁵Abweichend von Satz 1 und 4 muss der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP bei <u>der Verwertung der Arbeit</u> von ihm eingesetzte<u>n</u> Sachverständige<u>n</u> zu dem Schluss kommen, dass deren Arbeit für die Zwecke der Prüfung angemessen ist.</p>	<p>Wie schon mehrfach angesprochen: Überarbeitung und Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten Mitarbeiter, andere Gehilfen und Sachverständige.</p>
<p>(5) ¹Bei gesetzlich nicht vorgeschriebenen Abschlussprüfungen, bei denen ein <u>für die Darstellung des Prüfungsergebnisses der Begriff</u> Bestätigungsvermerk erteilt <u>verwendet</u> werden soll, der dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk in § 322 HGB nachgebildet ist, sind die Anforderungen des <u>§§ 317 und 322</u> HGB einzuhalten. ²Der Prüfungsbericht muss den Anforderungen des § 321</p>	<p>Auf die Hinweise zu § 33 Abs. 1 wird verwiesen.</p>

Absatz 1 bis 4a HGB entsprechen.	
<p style="text-align: center;">§ 410</p> <p style="text-align: center;">Auftragsbezogene Qualitätssicherung</p>	<p>Derzeit §§ 24b Abs. 3, 24d Abs. 1. Die grundsätzlichen Änderungen wurden bereits in der Anhörungsfassung (Anlage 1) erläutert. Der neue Regelungsansatz hat insbesondere zur „Berichtskritik“ Kritik erfahren (vgl. dort). Aus Sicht der Fachausschüsse sollte aber an dem Regelungsansatz festgehalten werden; möglichen Bedenken ist durch zusätzliche Hinweise im Erläuterungstext Rechnung getragen.</p>
(1) ¹ Der für die Auftragsdurchführung verantwortliche WP/vBP hat bei jeder Prüfung von der Planung der Auftragsannahme bis zur Berichterstattung fortwährend pflichtgemäß zu beurteilen, ob nach den Umständen des Einzelfalls und den damit verbundenen Risiken	
1. ungeachtet der Verpflichtung des § 42 1 eine auftragsbegleitende Qualitätssicherung durchzuführen ist, deren Gegenstand die Beurteilung ist, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Prüfung nicht unter Beachtung der gesetzlichen und fachlichen Regeln durchgeführt wird, und ob die Behandlung wesentlicher Sachverhalte angemessen ist,	
2. bei einer für das Prüfungsergebnis bedeutsamen Zweifelsfrage interner oder externer fachlicher Rat einzuholen ist (Konsultation),	
3. der Prüfungsbericht durch eine fachlich und persönlich geeignete dritte Person daraufhin zu überprüfen ist, ob die für den Prüfungsbericht geltenden gesetzlichen Vorschriften und fachlichen Regeln eingehalten sind und die im Prüfungsbericht dargestellten Prüfungshandlungen und Prüfungsfeststellungen schlüssig sind (Berichtskritik).	<p>Zur Kritik an der Neuregelung der Berichtskritik wird insbesondere auf die Stellungnahme der APAK verwiesen. Aber auch bei der Kommission für Qualitätskontrolle und im Berufsstand gab es Bedenken, weil befürchtet wird, der neue Ansatz führe zu einer Umkehrung des derzeitigen Regel-Ausnahmeverhältnisses. Auch der</p>

	Antwort auf die APAK-Stellungnahme (Anlage 7, dort Tz. ...) ist zu entnehmen, dass dies nicht beabsichtigt ist. Durch Ergänzungen des Erläuterungstextes soll dies klargestellt werden (Anlage 4, zu § 40, Tz. 3).
² Die Ausübung der pflichtgemäßen Beurteilung im Sinne des Satzes 1 sowie die wesentlichen Gründe für deren Ergebnis sind zu dokumentieren.	
(2) ¹ Eine auftragsbegleitende Qualitätssicherung darf nur von solchen fachlich und persönlich geeigneten Personen wahrgenommen werden, die an der Durchführung der Abschlussprüfung nicht beteiligt sind. ² Steht eine solche Person in der Praxis nicht zur Verfügung, ist eine externe Person zu beauftragen. ³ Der auftragsbegleitende Qualitätssicherer darf den Bestätigungsvermerk und den Prüfungsbericht nicht unterzeichnen, es sei denn, es ist sichergestellt, dass er hierdurch und mit Blick auf die mit der Unterzeichnung verbundene Verantwortung (§ 56 Absatz 2 Satz 2) nicht in einem Maße in die Prüfungsdurchführung involviert ist, dass von einer Beteiligung im Sinne des Satzes 1 auszugehen ist.	Anlage 7, dort Tz. 22 ff. (insbesondere 23 bis 25)
(3) ¹ Eine Berichtskritik darf nur von solchen fachlich und persönlich geeigneten Personen wahrgenommen werden, die an der Erstellung des Prüfungsberichts nicht selbst mitgewirkt haben und an der Prüfung nicht wesentlich beteiligt waren; Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. ² Der Berichtskritik steht es gleich, wenn eine inhaltlich den Anforderungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 3 entsprechende Durchsicht von einer Person durchgeführt wird, die den Bestätigungsvermerk und den Prüfungsbericht neben dem für die Auftragsdurchführung verantwortlichen WP/vBP unterzeichnet.	

<p style="text-align: center;">§ 421</p> <p style="text-align: center;">Auftragsbegleitende Qualitätssicherung bei gesetzlichen Abschlussprüfungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse nach § 319a HGB</p>	<p>Derzeit § 24d, die Überschrift wurde der Differenzierung des Gesetzgebers ausweislich § 319a HGB angepasst. Zu den Änderungen dieses Regelungsbereiches vgl. im Übrigen die Hinweise zur Anhörungsfassung (Anlage 1).</p>
<p>¹Bei gesetzlichen Abschlussprüfungen von Unternehmen von öffentlichem Interesse nach § 319a HGB ist eine auftragsbegleitende Qualitätssicherung im Sinne des § 440 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 durchzuführen. ²§ 440 Absatz 2 gilt entsprechend.</p> <p>³Eine Person ist von der auftragsbegleitenden Qualitätssicherung ausgeschlossen, wenn sie in sieben Fällen entweder für die Abschlussprüfung bei dem Unternehmen als verantwortlicher Prüfungspartner im Sinne des § 319a Absatz 1 Satz 5 HGB bestimmt war oder die auftragsbegleitende Qualitätssicherung bei der Prüfung des Jahresabschlusses des Unternehmens durchgeführt hat.</p> <p>⁴Dies gilt nicht, wenn seit ihrer letzten Beteiligung an der Prüfung bzw. der letzten auftragsbegleitenden Qualitätssicherung bei der Prüfung des Jahresabschlusses des Unternehmens zwei oder mehr Jahre vergangen sind. ⁵Die Sätze 3 und 4 gelten für die Durchführung der auftragsbegleitenden Qualitätssicherung bei der Prüfung eines Konzernabschlusses entsprechend; bei Mutterunternehmen sind auch Personen erfasst, die auf der Ebene bedeutender Tochterunternehmen als für die Durchführung von deren Abschlussprüfung vorrangig verantwortlich bestimmt worden sind.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 432</p> <p style="text-align: center;">Beschwerden und Vorwürfe von Gehilfen, Mitarbeitern und anderen Gehilfen, Mandanten und Dritten</p>	<p>Derzeit § 24c. Die wesentlichen Änderungen ergeben sich aus der Anhörungsfassung (Anlage 1). Die weitere Überarbeitung erfolgt im Rahmen der <u>Überarbeitung des</u></p>

	<p><u>Gehilfenbegriffes</u> sowie auch der <u>Differenzierung zwischen dem WP/vBP und der Praxisleitung</u> (in der Anhörung wurde die Differenzierung zwischen dem WP/vBP und der Praxisleitung mehrfach reklamiert; die Pflichten der Praxisleitung sind jetzt deutlicher als bisher in § 50 angesprochen, im Übrigen greift die Berufssatzung den Ansatz der WPO auf, die auf die persönliche Verantwortung und nicht eine Funktionsverantwortung der Berufsträger abstellt.</p>
<p>(1) ¹WP/vBP sind verpflichtet, Beschwerden oder Vorwürfen von Gehilfen, Mitarbeitern <u>und anderen Gehilfen</u>, Mandanten oder Dritten nachzugehen, wenn sich aus ihnen Anhaltspunkte für Verstöße gegen gesetzliche oder fachliche Regeln ergeben. ²Die Praxisleitung oder eine von dieser bestimmte qualifizierte Person, die nicht mit dem Sachverhalt befasst war, muss untersuchen, ob Beschwerden oder Vorwürfe von Gehilfen und Mitarbeitern berechtigt sind. ³Es kann sich anbieten, solche Untersuchungen von anderen WP/vBP oder einem externen Berater durchführen zu lassen. ⁴Werden die Beschwerden oder Vorwürfe durch die vorgenommenen Untersuchungen erhärtet, sind die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.</p>	
<p>(2) ¹WP/vBP haben dafür zu sorgen, dass Beschwerden von Gehilfen und Mitarbeitern <u>oder anderen Gehilfen</u> der Praxisleitung <u>ihnen</u> oder einer von dieser <u>ihnen</u> benannten Person ohne Besorgnis vor persönlichen Nachteilen zur Kenntnis gebracht werden können. ²<u>WP/vBP oder eine von ihnen bestimmte qualifizierte Person, die nicht mit dem Sachverhalt befasst war, müssen unter-</u></p>	

<p><u>suchen, ob Beschwerden oder Vorwürfe von Mitarbeitern oder anderen Gehilfen berechtigt sind. ³Werden die Beschwerden oder Vorwürfe durch die vorgenommenen Untersuchungen erhärtet, sind die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.</u></p>	
<p>§ 443 Kennzeichnung übernommener Angaben in Prüfungsberichten</p>	<p>Derzeit § 25, keine inhaltliche Änderung (?? Anlage 1 zur gestrichenen Auftragsdokumentation??).</p>
<p>WP/vBP haben in Prüfungsberichten erkennbar zu machen, wenn es sich um die Wiedergabe übernommener Angaben handelt.</p>	
<p>§ 454 Unterzeichnung von Prüfungsvermerken und Prüfungsberichten</p>	<p>Derzeit § 27a.</p>
<p>(1) Erteilen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder Buchprüfungsgesellschaften gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsvermerke, so müssen diese sowie die dazugehörigen Prüfungsberichte zumindest von dem für die Auftragsdurchführung Verantwortlichen (§ 398 Absatz 23) unterzeichnet werden.</p>	
<p>(2) Ist ein WP/vBP mit der Durchführung einer Prüfung beauftragt, die nicht dem WP/vBP gesetzlich vorbehalten ist, so muss der hierüber erteilte Prüfungsvermerk und der Prüfungsbericht von mindestens einem WP oder vBP unterzeichnet sein, sofern das Siegel geführt wird; dasselbe gilt, wenn eine Sozietät, an der Nicht-WP/vBP beteiligt sind, mit der Prüfung beauftragt worden ist.</p>	
<p>(3) Bei nicht gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen, bei denen ein <u>für die Darstellung des Prüfungsergebnisses der Begriff</u> Bestätigungsvermerk erteilt verwendet werden soll, der</p>	<p>Die neuen Regelungen in Abs. 3 und Abs. 4 sind bereits in der Anhörungsfassung erläutert (Anlage 1); zur Nutzung des Begriffes „Bestäti-</p>

dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk in § 322 HGB nachgebildet ist, sind §§ 322 Absatz 7, 321 Absatz 5 HGB, § 32 WPO sowie Absatz 1 anzuwenden.	gungsvermerk“ vgl. die Hinweise zu § 33 Abs. 1.
(4) Bei der Unterzeichnung von gesetzlich vorgeschriebenen Bestätigungsvermerken, Prüfungsvermerken und Prüfungsberichten ist sicherzustellen, dass die Anforderungen des § 56 Absatz 2 Satz 2 eingehalten werden.	
§ 465 Zeitnahe Auftragsdokumentation	Neuregelung oder § 25 Abs. 1 ??
WP/vBP sind verpflichtet, die Auftragsdokumentation zeitnah nach Abschluss der Prüfung abzuschließen.	
§ 476 Pflichten bei Wechsel des Abschlussprüfers	Derzeit § 26, keine inhaltliche Änderung.
(1) Wird ein Prüfungsauftrag bei einer gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfung durch Kündigung des Abschlussprüfers gemäß § 318 Absatz 6 HGB oder durch Widerruf gemäß § 318 Absatz 1 Satz 5 HGB beendet, so darf der vorgesehene Mandatsnachfolger den Auftrag nur annehmen, wenn er sich über den Grund der Kündigung oder des Widerrufs und das Ergebnis der bisherigen Prüfung unterrichtet hat.	
(2) Eine ordnungsgemäße Unterrichtung erfordert, dass der vorgesehene Mandatsnachfolger sich die schriftliche Begründung der Kündigung (§ 318 Absatz 6 Satz 3 HGB) oder das Ersetzungsurteil (§ 318 Absatz 3 HGB), die Mitteilungen an die Wirtschaftsprüferkammer (§ 318 Absatz 8 HGB) sowie den Bericht über das Ergebnis der bisherigen Prüfung (§ 318 Absatz 6 Satz 4 HGB) vorle-	

gen lässt.	
<p>(3) ¹Der Mandatsvorgänger ist verpflichtet, dem Mandatsnachfolger auf schriftliche Anfrage die in Absatz 2 genannten Unterlagen zu erläutern.</p> <p>²Erfolgt die Erläuterung nicht, so hat der Mandatsnachfolger das Mandat abzulehnen, es sei denn, er hat sich auf andere Art und Weise davon überzeugt, dass gegen die Annahme des Mandats keine Bedenken bestehen.</p>	
<p>(4) ¹Im Falle eines Prüferwechsels ohne Widerruf oder Kündigung des Prüfungsauftrags aus wichtigem Grund hat sich der Mandatsnachfolger den Bericht über die vorangegangene Abschlussprüfung vorlegen zu lassen. ²Der Mandatsvorgänger ist dem Mandatsnachfolger auf dessen schriftliche Anfrage zur Vorlage verpflichtet.</p>	
<p>(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten sinngemäß für alle nicht gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen, bei denen ein <u>für die Darstellung des Prüfungsergebnisses der Begriff</u> Bestätigungsvermerk erteilt verwendet werden soll, der dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk in § 322 HGB nachgebildet ist.</p>	<p>Zur Nutzung des Begriffs „Bestätigungsvermerk“ vgl. die Hinweise zu § 33 Abs. 1.</p>
<p>§ 487 Vergütung</p>	<p>Derzeit § 27, keine inhaltliche Änderung.</p>
<p>(1) ¹Bei der Vereinbarung und Abrechnung der Vergütung für Prüfungen hat der WP/vBP dafür zu sorgen, dass die Qualität der beruflichen Tätigkeit sichergestellt wird. ²Hierzu ist im Regelfall eine angemessene Vergütung erforderlich. ³Besteht bei gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen zwischen der erbrachten Leistung und der vereinbarten Vergütung ein erhebliches Missverhältnis, muss der Wirtschaftsprüferkammer auf Verlangen nachgewiesen werden können, dass für die Prü-</p>	

fung eine angemessene Zeit aufgewandt und qualifiziertes Personal eingesetzt wurde.	
(2) Ein Pauschalhonorar darf für einen Prüfungsauftrag grundsätzlich nur vereinbart werden, wenn festgelegt wird, dass bei Eintritt nicht vorhersehbarer Umstände im Bereich des Auftraggebers, die zu einer erheblichen Erhöhung des Aufwandes führen, das Honorar entsprechend zu erhöhen ist.	
Dritter Abschnitt: Erstellung von Gutachten	Der Korrekturmodus der beiden folgenden Vorschriften erklärt sich aus den Hinweisen zur Neugliederung im Inhaltsverzeichnis. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.
§ 498 <u>Gutachten zur Rechnungslegung</u> <u>Kennzeichnung; Unterzeichnung; Vergütung</u>	
¹Übernimmt ein WP/vBP, der nicht als Abschlussprüfer bestellt ist, den Auftrag, zu der Behandlung eines konkreten Sachverhalts in der Rechnungslegung des Unternehmens ein Gutachten abzugeben, hat er vor Erstattung des Gutachtens mit dem Abschlussprüfer des Unternehmens den Hintergrund und die Rahmenbedingungen sowie die für die Beurteilung wesentlichen Einzelheiten des Sachverhalts zu erörtern. ²Mit dem Auftraggeber ist zu vereinbaren, dass der Abschlussprüfer von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden wird. ³Erteilt der Auftraggeber eine solche Entbindung nicht oder widerspricht er einer Kontaktaufnahme, so ist der Auftrag abzulehnen oder niederzulegen. ¹Der Begriff „Gutachten“ darf nicht verwendet werden, wenn der Auftrag eine Darstellung mit argumentativer Funktion zum Gegenstand hat. ²Ist dies der Fall, muss dieser Umstand in der Bezeichnung des Auftrags und in der Darstellung des Ergebnisses deutlich zum Ausdruck kommen. ³Für	Der Regelungstext ist derzeit in § 20 Abs. 2 enthalten und sollte ursprünglich auch in § 30 neu übernommen werden. Er gehört inhaltlich jedoch nicht zum Abschnitt der Unparteilichkeit und Besorgnis der Befangenheit - sondern als Abgrenzungsregelung zwischen Gutachten und Nichtgutachten zum Abschnitt Gutachten. Die Verweiskette war schon im ersten Änderungsentwurf enthalten.

<p><u>die Wiedergabe übernommener Angaben in Gutachten, deren Unterzeichnung und Vergütung sowie die Auftragsdokumentation gelten die §§ 43 bis 45 sowie 47 entsprechend.</u></p>	
---	--

<p style="text-align: center;"><u>§ 5049</u></p> <p><u>Kennzeichnung übernommener Aufgaben; Unterzeichnung; Vergütung Gutachten zur Rechnungslegung</u></p>	
<p>Für die Wiedergabe übernommener Angaben in Gutachten, deren Unterzeichnung und Vergütung sowie die Auftragsdokumentation gelten die §§ 443 bis 465 sowie 487 entsprechend. <u>¹Übernimmt ein WP/vBP, der nicht als Abschlussprüfer bestellt ist, den Auftrag, zu der Behandlung eines konkreten Sachverhalts in der Rechnungslegung des Unternehmens ein Gutachten abzugeben, hat er vor Erstattung des Gutachtens mit dem Abschlussprüfer des Unternehmens den Hintergrund und die Rahmenbedingungen sowie die für die Beurteilung wesentlichen Einzelheiten des Sachverhalts zu erörtern. ²Mit dem Auftraggeber ist zu vereinbaren, dass der Abschlussprüfer von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden wird. ³Erteilt der Auftraggeber eine solche Entbindung nicht oder widerspricht er einer Kontaktaufnahme, so ist der Auftrag abzulehnen oder niederzulegen.</u></p>	<p>Mit dieser Regelung hatte der erste Änderungsentwurf den Abschnitt „Gutachten“ begonnen. Als Sonderthema kommt die Regelung jedoch erst nach den allgemeinen Regelungen.</p>
<p><u>Vierter Abschnitt: Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Prüfungen und Gutachten</u></p>	<p>Dieser Abschnitt des 2. Teils wird mit dem ursprünglich in Teil 1 Abschnitt 2 vorgesehen allgemeinen Regelungen zur Qualitätssicherung in der WP/vBP-Praxis zusammengeführt und in einem neuen Teil 3 geregelt (vgl. zum Inhaltsverzeichnis sowie nachfolgend zu Teil 3).</p>
<p style="text-align: center;"><u>§ 51</u></p> <p><u>Qualitätssicherungssystem für Aufgaben nach § 2 Absatz 1 WPO, bei denen das Siegel verwendet wird</u></p>	

Für Prüfungen, bei denen das Siegel verwendet wird, umfasst das Qualitätssicherungssystem insbesondere Regelungen	
1. zur Sicherstellung, dass die Berufspflichten, insbesondere die Vorschriften zur Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Vermeidung der Besorgnis der Befangenheit durch die Praxis und die bei der Auftragsabwicklung eingesetzten Mitarbeiter eingehalten werden; diese Regelungen müssen eine anlassbezogene, mindestens jährliche schriftliche Bestätigung einschließen, dass die Regelungen und Maßnahmen der Praxis zur Unabhängigkeit eingehalten werden;	
2. zur Auftragsannahme und -fortführung, die unter Berücksichtigung der mit den Aufträgen für die Praxis verbundenen Risiken hinreichend sicherstellen, dass nur Mandate angenommen oder fortgeführt werden, die in sachlicher, personeller und zeitlicher Hinsicht ordnungsgemäß abgewickelt werden können;	
3. zur vorzeitigen Beendigung von Aufträgen;	
4. zur Einstellung von Mitarbeitern;	
5. zur Aus- und Fortbildung von fachlichen Mitarbeitern;	
6. zur Beurteilung von fachlichen Mitarbeitern;	
7. zur Gesamtplanung aller Aufträge;	
8. zur Organisation der Fachinformation;	
9. zur Prüfungsplanung;	
10. zur Auftragsabwicklung (einschließlich der Anleitung des Prüfungsteams der Lösung von Meinungsverschiedenheiten, der Überwachung der Auftragsabwicklung und der Beurteilung der Arbeitsergebnisse durch den zuständigen WP/vBP);	
11. zum Umgang mit Beschwerden und Vorwürfen;	
12. zur auftragsbezogenen Qualitätssicherung, und	
13. zur Überwachung der Wirksamkeit des Qualitätssicherungssystems (Nachschau).	
§ 52 Nachschau bei Prüfungen	
¹ WP/vBP, die Prüfungen durchführen, sind verpflichtet, die Nachschau der Praxisorganisation insbesondere unter dem Gesichtspunkt durchzu-	

führen, ob die Regelungen der Praxis zur Abwicklung einzelner Prüfungsaufträge eingehalten worden sind.²Die Nachschau der Abwicklung von Prüfungsaufträgen ist ein Vergleich der Anforderungen an eine gewissenhafte Abwicklung von Prüfungsaufträgen mit deren tatsächlicher Abwicklung.³Art und Umfang der Nachschau müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den abgewickelten Prüfungsaufträgen stehen, wobei die Ergebnisse einer Qualitätskontrolle nach §§ 57a ff. WPO berücksichtigt werden können.⁴Dabei sind alle in der Praxis tätigen WP/vBP, die verantwortlich Prüfungen durchführen, mindestens einmal in einem Zeitraum von drei Jahren einzubeziehen.⁵§ 17 Absatz 2 gilt entsprechend.

<p style="text-align: center;"><u>Teil 3:</u> <u>Berufspflichten zur Sicherung der Qualität</u> <u>der Berufsarbeit (§ 55b WPO)</u></p>	<p>Der neue Teil 3 fasst die Regelungen zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit zusammen, die ursprünglich in einen „allgemeinen“ und in einen „besonderen“ Teil aufgeteilt werden sollten. Damit wird auch nicht unerheblicher Kritik aus der Anhörung Rechnung getragen; den Kritikern waren die Regelungen gerade aufgrund der Aufteilung nicht übersichtlich genug und erweckten damit auch den Eindruck überbordender Anforderungen insbesondere auch für den allgemeinen Beratungsbereich.</p>
<p style="text-align: center;"><u>§ 16 50</u> Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems</p>	
<p>(1)¹ <u>Die Leitung der WP/vBP-Praxis ist für das Schaffen, Überwachen und Durchsetzen des Qualitätssicherungssystems nach § 55b Satz 1 WPO verantwortlich.</u> ²Das Qualitätssicherungssystem nach § 55b Satz 1 WPO hat die Regelungen zu umfassen <u>enthalten</u>, die nach dem Tätigkeitsbereich und den Verhältnissen der Praxis zur Einhaltung der Berufspflichten erforderlich sind. ³²Die <u>Die Regelungen müssen</u> die Letztverantwortung der Praxisleitung für das Qualitätssicherungssystem festlegen und die eine interne Kultur in der Praxis fördern, die die entscheidende Bedeutung der Qualität bei der Auftragsdurchführung berücksichtigt. ²⁴Die Ausgestaltung des Qualitätssicherungssystems hängt <u>wird</u> maßgeblich von der Art und Größe, dem gegenwärtigen und zukünftigen Tätigkeitsbereich</p>	<p>Die Verantwortlichkeit der Leitung der WP/vBP-Praxis für die Berufspflichten zur Sicherung der Qualität der Berufsarbeit ist noch deutlicher als in dem ersten Änderungsentwurf geregelt. Auf das Zusammenspiel mit den Delegationsmöglichkeiten nach Abs. 2 wird verwiesen. Auch in diesem Fall bleibt die Verantwortlichkeit der Praxisleitung im Sinne einer Letztverantwortung berührt (vgl. auch die Erläuterungen zu § 50, Tz. 6 und Tz. 12).</p>

<p>sowie den qualitätsgefährdenden Risiken der Praxis abbeeinflusst.³⁵ WP/vBP sind dafür verantwortlich, dass die Gehilfen und bei der Auftragsdurchführung eingesetzten Mitarbeiter und anderen Gehilfen nach Maßgabe ihrer Verantwortlichkeit über das Qualitätssicherungssystem informiert sind und auf die Einhaltung des Qualitätssicherungssystems <u>entsprechend</u> verpflichtet werden; dies ist zu dokumentieren.⁴⁶ Sie haben dessen <u>Die Angemessenheit und Wirksamkeit des Qualitätssicherungssystems sind</u> zu überwachen und es <u>ist</u> durchzusetzen.</p>	<p>Redaktionelle Änderung.</p> <p>Redaktionelle Änderung.</p>
<p>(2) ¹WP/vBP sind <u>Die Leitung der WP/vBP-Praxis ist</u> verpflichtet, die <u>operative</u> Verantwortlichkeit in der Praxis für die Qualitätssicherung festzulegen und zu dokumentieren.² Der für die Qualitätssicherung <u>operativ</u> Verantwortliche muss hierfür fachlich und persönlich geeignet sein, insbesondere über die erforderliche hierarchische Stellung innerhalb der Praxis <u>notwendige Weisungsbefugnis verfügen, um diese Verantwortung wahrnehmen zu können</u>.³ <u>Absatz 1 Satz 1 bleibt im Fall einer Delegation der operativen Verantwortlichkeit unberührt.</u></p>	<p>Siehe zu § 50 Abs. 1 Satz 1 ff.</p>
<p>(3) ¹Das Qualitätssicherungssystem ist in schriftlicher oder elektronischer Form zu dokumentieren.² Umfang und Inhalt der Dokumentation des Qualitätssicherungssystems haben sich an den individuellen Gegebenheiten (z. B. organisatorischen Strukturen sowie Art und Umfang der Aufträge) der einzelnen WP/vBP-Praxis zu orientieren.³ Die Dokumentation muss es einem fachkundigen Dritten ermöglichen, sich in angemessener Zeit ein Bild von dem <u>des</u></p>	

Qualitätssicherungssystem <u>s</u> zu verschaffen.	
<p style="text-align: center;">§ 51</p> <p style="text-align: center;">Qualitätssicherungssystem für Aufgaben nach § 2 Absatz 1 WPO, bei denen das Siegel verwendet wird</p>	Derzeit § 32, die vorgesehenen Änderungen sind bereits in der Anhörungsfassung enthalten und erläutert (Anlage 1). Die nachfolgenden weiteren Änderungen erklären sich nur durch begriffliche Überarbeitungen und damit redaktionellen Anpassungen.
Für Prüfungen, bei denen das Siegel verwendet wird, umfasst das Qualitätssicherungssystem insbesondere Regelungen	
1. zur Sicherstellung, dass die Berufspflichten, insbesondere die Vorschriften zur Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Vermeidung der Besorgnis der Befangenheit durch die Praxis und die bei der <u>Auftragsabwicklung</u> <u>Annahme und -durchführung</u> <u>eingesetzten fachlichen Mitarbeiter und anderen fachlichen Gehilfen</u> eingehalten werden; diese Regelungen müssen eine anlassbezogene, mindestens jährliche schriftliche Bestätigung einschließen, dass die Regelungen und Maßnahmen der Praxis zur Unabhängigkeit eingehalten werden;	
2. zur Auftragsannahme und -fortführung, die unter Berücksichtigung der mit den Aufträgen für die Praxis verbundenen Risiken hinreichend sicherstellen, dass nur Mandate angenommen oder fortgeführt werden, die in sachlicher, personeller und zeitlicher Hinsicht ordnungsgemäß abgewickelt werden können;	
3. zur vorzeitigen Beendigung von Aufträgen;	
4. zur Einstellung von Mitarbeitern;	
5. zur Aus- und Fortbildung von fachlichen Mitarbeitern;	
6. zur Beurteilung von fachlichen Mitarbeitern;	
7. zur Gesamtplanung aller Aufträge;	
8. zur Organisation der Fachinformation;	
9. zur Prüfungsplanung;	
10. zur <u>Auftragsabwicklung</u> <u>durchführung</u> (einschließlich der Anleitung des Prüfungsteams der Lösung von Meinungsverschiedenheiten, der Überwachung der <u>Auftragsabwicklung</u> <u>durchführung</u> und der Beurteilung der	

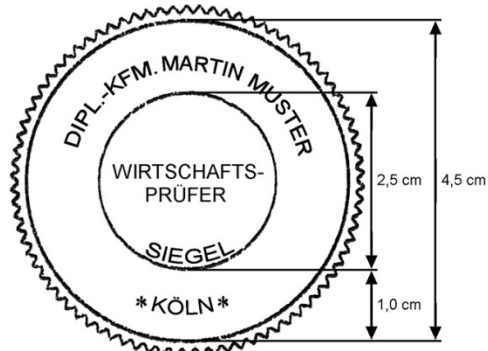
Arbeitsergebnisse durch den zuständigen <u>auftragsver-</u> <u>antwortlichen</u> WP/vBP);	
11. zum Umgang mit Beschwerden und Vorwürfen,	
12. zur auftragsbezogenen Qualitätssicherung, und	
13. zur Überwachung der Wirksamkeit des Qualitätssi- cherungssystems (Nachschau).	
§ 1852 <u>Sicherung der gewissenhaften</u> <u>Berufsausübung, Nachschau</u>	Derzeit § 7, § 33 Abs. 2.
<u>(1) Zur Sicherung der gewissenhaften Berufs-</u> <u>ausübung haben WP/vBP die Einhaltung der</u> <u>Berufspflichten in ihrer Praxis in angemessenen</u> <u>Zeitabständen zu überprüfen und Mängel abzu-</u> <u>stellen.</u>	Der Abs. 1 entspricht dem derzeitigen § 7 und ist inhaltlich unverändert.
<u>(1)(2)</u> ¹ WP/vBP sind verpflichtet, eine Nachschau mit dem Ziel durchzuführen, die Angemessenheit und Wirksamkeit des Qualitätssicherungssystems zu beurteilen. ² Die Nachschau bezieht sich auf die Praxisorganisation unter Einschluss der Frage, ob die Regelungen der Praxis zur <u>Abwicklung-An-</u> <u>nahme und Durchführung</u> einzelner <u>APrüfungsauf-</u> träge eingehalten worden sind. ³ Die Nachschau muss in angemessenen Abständen sowie bei gegebenem Anlass stattfinden.	Eine erweiterte Nachschaupflicht gilt in den Fällen, in denen WP/vBP- Praxen auch Prüfungsaufträge an- genommen und durchgeführt haben.
<u>(2)(3)</u> ¹ Die Nachschau der <u>Abwicklung-Annahme</u> <u>und Durchführung</u> von Prüfungsaufträgen ist ein Vergleich der Anforderungen an eine gewissen- hafte <u>Abwicklung-Annahme und Durchführung</u> von Prüfungsaufträgen mit deren tatsächlicher <u>Abwick-</u> <u>lungAnnahme und Durchführung</u> . ² Art und Umfang der Nachschau müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den abgewickelten Prüfungsaufträ- gen stehen, wobei die Ergebnisse einer Qualitäts- kontrolle nach §§ 57a ff. WPO berücksichtigt werden können. ³ Dabei sind alle in der Praxis tätigen WP/vBP, die verantwortlich Prüfungen	Die Regelung zu den Anforderungen an eine Nachschau speziell zur Annahme und Durchführung von Prüfungsaufträgen ist an den bishe- rigen und internationalen Anforde- rungen entsprechenden Regelungen ausgerichtet. Die vorgesehene Er- leichterung zum Dreijahreszeitraum, innerhalb dessen alle in der Praxis tätigen WP/vBP, die verantwortliche Prüfungen durchführen, in den Nachschauturnus einbezogen wer-

durchführen, mindestens einmal in einem Zeitraum von drei Jahren <u>regelmäßig</u> einzubeziehen, <u>wobei ein Zeitraum von drei Jahren nicht überschritten werden sollte.</u>	den sollten – derzeit müssen - entspricht ebenfalls internationalen Vorgaben.
(3) <u>(4)</u> ¹ Das Ergebnis der Nachschau ist zu dokumentieren. ² Die bei der Nachschau getroffenen Feststellungen sind Grundlage für die Fortentwicklung des Qualitätssicherungssystems.	
Teil 34: Schlussbestimmungen	
§ 53 Anwendungsbereich	Derzeit § 34, inhaltlich unverändert.
(1) ¹ Die Berufssatzung gilt für die Mitglieder der Wirtschaftsprüferkammer nach § 58 Absatz 1 Satz 1 und § 128 Absatz 3 WPO. ² Auf Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften finden die Vorschriften insoweit Anwendung, als sich aus der Rechtsform keine Besonderheiten ergeben.	
(2) ¹ Soweit in der Berufssatzung die Abkürzungen WP/vBP verwendet werden, gelten die Berufspflichten für alle in Absatz 1 bezeichneten Personen. ² Bei Berufspflichten, die nur für bestimmte Personengruppen gelten, sind diese einzeln genannt.	
§ 54 Veröffentlichung	Derzeit §35, inhaltlich unverändert.
Die Berufssatzung sowie deren Änderungen sind im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.	

<p style="text-align: center;"><u>§ 55</u></p> <p style="text-align: center;"><u>Inkrafttreten und Übergangsregelung</u></p>	
<p><u>¹Die Berufssatzung vom 11. Juni 1996 (BA nz. S. 7509), zuletzt geändert am 6. Juli 2012 (BA nz AT 25.07.2012 B1), wird mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 aufgehoben. ²Die vorliegende Neufassung der Berufssatzung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft. ³Abweichend hiervon finden die Regelungen der §§ 38 Absatz 6 bis 8, 40 und 41 erst auf Prüfungen Anwendung, die sich auf nach dem 31. Dezember 2014 beginnende Geschäftsjahre beziehen. ⁴Auf Prüfungen, die sich auf Geschäftsjahre beziehen, die vor dem 1. Januar 2015 begonnen haben, ist § 24d in der bis zum 31. Dezember 2014 geltenden Fassung anzuwenden.</u></p>	<p>Die vorgesehene Regelung zum Inkrafttreten und zu speziellen Übergangsregelungen sind in dem hierzu vorgesehenen Erläuterungstext ausführlich erläutert (Anlage 4).</p>

Anlage 1

(zu § 3029)



Siegel eines Wirtschaftsprüfers



Siegel einer Wirtschaftsprüferin

Aus drucktechnischen Gründen entspricht die Wiedergabe der Siegel nicht den cm-Größenangaben.



Siegel eines vereidigten Buchprüfers



Siegel einer vereidigten Buchprüferin



Siegel einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Siegel einer Buchprüfungsgesellschaft

Anlage 2

 (zu § 398 Absatz 6)

<i>Summe aus Bilanzsumme, Umsatzerlösen und Erträgen im Sinne des § 275 Absatz 2 Nr. 9 bis 11 HGB (in Euro)</i>	<i>Arbeitsstunden</i>
von 14.520.000 bis 30.000.000	100 bis 140
von 30.000.000 bis 45.000.000	140 bis 170
von 45.000.000 bis 60.000.000	170 bis 200
von 60.000.000 bis 75.000.000	200 bis 220
von 75.000.000 bis 90.000.000	220 bis 240
von 90.000.000 bis 105.000.000	240 bis 260
von 105.000.000 bis 120.000.000	260 bis 280

Anlage 2

(zu § 38 Absatz 6)

<u>Summe aus Bilanzsumme, Umsatzerlösen und Erträgen im Sinne des § 275 Absatz 2 Nr. 9 bis 11 HGB (in Euro)</u>	<u>Arbeitsstunden</u>	<u>Summe aus Bilanzsumme, Umsatzerlösen und Erträgen im Sinne des § 275 Absatz 2 Nr. 9 bis 11 HGB (in Euro)</u>	<u>Arbeitsstunden</u>
<u>14.520.000</u>	<u>70</u>	<u>99.000.000</u>	<u>154</u>
<u>bis</u>		<u>101.000.000</u>	<u>155</u>
<u>17.000.000</u>	<u>73</u>	<u>103.000.000</u>	<u>156</u>
<u>19.000.000</u>	<u>76</u>	<u>105.000.000</u>	<u>157</u>
<u>21.000.000</u>	<u>79</u>	<u>107.000.000</u>	<u>158</u>
<u>23.000.000</u>	<u>82</u>	<u>109.000.000</u>	<u>159</u>
<u>25.000.000</u>	<u>85</u>	<u>111.000.000</u>	<u>160</u>
<u>27.000.000</u>	<u>88</u>	<u>113.000.000</u>	<u>161</u>
<u>29.000.000</u>	<u>91</u>	<u>115.000.000</u>	<u>162</u>
<u>31.000.000</u>	<u>94</u>	<u>117.000.000</u>	<u>163</u>
<u>33.000.000</u>	<u>97</u>	<u>119.000.000</u>	<u>164</u>
<u>35.000.000</u>	<u>99</u>	<u>121.000.000</u>	<u>165</u>
<u>37.000.000</u>	<u>101</u>	<u>123.000.000</u>	<u>166</u>
<u>39.000.000</u>	<u>103</u>	<u>125.000.000</u>	<u>167</u>
<u>41.000.000</u>	<u>105</u>	<u>127.000.000</u>	<u>168</u>
<u>43.000.000</u>	<u>107</u>	<u>129.000.000</u>	<u>169</u>
<u>45.000.000</u>	<u>109</u>	<u>131.000.000</u>	<u>170</u>
<u>47.000.000</u>	<u>111</u>	<u>133.000.000</u>	<u>171</u>
<u>49.000.000</u>	<u>113</u>	<u>135.000.000</u>	<u>172</u>
<u>51.000.000</u>	<u>115</u>	<u>137.000.000</u>	<u>173</u>
<u>53.000.000</u>	<u>117</u>	<u>139.000.000</u>	<u>174</u>
<u>55.000.000</u>	<u>119</u>	<u>141.000.000</u>	<u>175</u>
<u>57.000.000</u>	<u>121</u>	<u>143.000.000</u>	<u>176</u>
<u>59.000.000</u>	<u>123</u>	<u>145.000.000</u>	<u>177</u>
<u>61.000.000</u>	<u>125</u>	<u>147.000.000</u>	<u>178</u>
<u>63.000.000</u>	<u>127</u>	<u>149.000.000</u>	<u>179</u>
<u>65.000.000</u>	<u>129</u>	<u>151.000.000</u>	<u>180</u>
<u>67.000.000</u>	<u>131</u>	<u>153.000.000</u>	<u>181</u>
<u>69.000.000</u>	<u>133</u>	<u>155.000.000</u>	<u>182</u>
<u>71.000.000</u>	<u>135</u>	<u>157.000.000</u>	<u>183</u>
<u>73.000.000</u>	<u>137</u>	<u>159.000.000</u>	<u>184</u>
<u>75.000.000</u>	<u>139</u>	<u>161.000.000</u>	<u>185</u>
<u>77.000.000</u>	<u>141</u>	<u>163.000.000</u>	<u>186</u>
<u>79.000.000</u>	<u>143</u>	<u>165.000.000</u>	<u>187</u>
<u>81.000.000</u>	<u>145</u>	<u>167.000.000</u>	<u>188</u>
<u>83.000.000</u>	<u>146</u>	<u>169.000.000</u>	<u>189</u>
<u>85.000.000</u>	<u>147</u>	<u>171.000.000</u>	<u>190</u>
<u>87.000.000</u>	<u>148</u>	<u>173.000.000</u>	<u>191</u>
<u>89.000.000</u>	<u>149</u>	<u>175.000.000</u>	<u>192</u>
<u>91.000.000</u>	<u>150</u>	<u>177.000.000</u>	<u>193</u>
<u>93.000.000</u>	<u>151</u>	<u>179.000.000</u>	<u>194</u>
<u>95.000.000</u>	<u>152</u>	<u>180.000.000</u>	<u>195</u>
<u>97.000.000</u>	<u>153</u>		

